



DEMOKRATESCH PARTEI

Nei Weeër wielen

Top-Themen '09

12. Januar 2008

Arbeit

Unsere Politik macht Schluss mit Perspektivlosigkeit durch Arbeitslosigkeit.

Das Problem

Die Betreuung der arbeitssuchenden Menschen durch die ADEM ist unzureichend. Laut OECD sollte ein Arbeitsplatzvermittler 100 Arbeitssuchende betreuen. Dieses Verhältnis wird in Luxemburg mit ungefähr 500 Arbeitslosen pro Vermittler bei weitem überschritten. Die Arbeitslosigkeit wird vom Arbeitsamt lediglich "verwaltet". Eine wirkliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit findet nicht statt. Die Kontakte zu den Unternehmen sowie die Betreuung der Arbeitssuchenden sind mangelhaft, wenn nicht sogar inexistent.

Mehr als 2000 zusätzliche Menschen auf Arbeitssuche. Trotz hohem Wirtschaftswachstum stieg die Zahl der Arbeitssuchenden zwischen August 2004 und November 2008 um mehr als 2000 zusätzliche Menschen an. Damit stieg die Zahl der Arbeitssuchenden um über 25%. Tendenz steigend.

Die Hälfte aller Arbeitssuchenden hat keinen regulären Schulabschluss. Die Zahlen aus den Jahren 2006 und 2007 zeigen, dass ein großer Anteil der Arbeitssuchenden lediglich die gesetzlich obligatorische Schulzeit absolviert hat. Dieses Phänomen geht häufig Hand in Hand mit dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit.

Zwischen August 2004 und November 2008 hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen verdoppelt. Die Zahl der Menschen, die länger als ein Jahr ohne Arbeit sind, ist zwischen Juli 2004 und November 2008 von 1.871 auf 3.553 gestiegen. Im Hinblick auf das Bildungsniveau stellt man fest, dass Menschen mit einem niedrigen Bildungsniveau in der Kategorie der Langzeitarbeitslosen überrepräsentiert sind. So haben 59% der Langzeitarbeitslosen lediglich die obligatorische Schulzeit absolviert.

Die Jugendarbeitslosigkeit macht mittlerweile 19% der gesamten Arbeitslosigkeit aus. Im November 2008 waren 19% von den beim Arbeitsamt eingetragenen Personen jünger als 26 Jahre. Hier entsteht für die jungen Menschen eine Art Teufelskreis bestehend aus niedrigem und nicht den Realitäten der Arbeitswelt angepasstem Bildungsniveau und selbstverständlich einer altersbedingten kaum ausgeprägten beruflichen Erfahrung. Aus diesem Grund haben die jungen Menschen oftmals den Eindruck, schon zu Beginn ihrer beruflichen Karriere in einer Sackgasse zu stecken.

Anstieg um 54% der arbeitssuchenden Menschen über 50 Jahren. Der Anteil der älteren Erwerbslosen ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen, um sich zwischen Januar 2000 und November 2008 fast von 12 auf 22 Prozent zu verdoppeln. Für die Betroffenen ist es oft schwierig, mit dieser Situation umzugehen. Die Hoffnung auf einen neuen Arbeitsplatz, gepaart mit der Ungewissheit um die Versorgung der Familie wird oft zu einer schweren Belastung.

Erhöhung der Solidaritätssteuer nur eine Frage der Zeit. Sollten die Ausgaben des Beschäftigungsfonds im gleichen Rhythmus ansteigen wie in den zurückliegenden Monaten und Jahren, ist eine Erhöhung der Solidaritätssteuer sehr wahrscheinlich. Die Ausgaben des Beschäftigungsfonds stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den mageren Resultaten. Sowohl das Arbeitsamt als auch das Arbeitsministerium haben keinerlei Kultur des Monitoring, der Überprüfung und der Evaluation entwickelt. Es gibt zahlreiche Beschäftigungsmaßnahmen, deren Effektivität jedoch bislang unzureichend überprüft worden ist.

Unser Konzept

Jungen Menschen Perspektiven eröffnen und bestehende Arbeitsplätze erhalten, heißt eine unternehmerfreundliche Politik fördern. Die DP wird mittels einer unternehmerfreundlichen Politik alles daran setzen, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Eine neu ausgerichtete Steuerpolitik, der Abbau von bürokratischen Hindernissen, eine neuartige Wirtschaftsperspektive, Investitionen in Forschung und Innovation, ein Investitionsprogramm in die energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden sowie eine starke Sozialpolitik, werden gleichzeitig eine hervorragende soziale Sicherung der Arbeitnehmer sowie eine hohe Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten und auf Dauer dazu beitragen Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Eine unabhängige Arbeitsagentur im Hinblick auf einen besseren Service für Arbeitssuchende und Unternehmen. Die Anforderungen des Arbeitsmarktes verändern sich rasant. Die Bedürfnisse der Unternehmen werden immer spezifischer. Das Arbeitsamt verfügt jedoch nicht über die nötigen Mittel, um dem Rechnung zu tragen. Aus diesem Grund sind viele Arbeitssuchende und Unternehmen nicht zufrieden mit den von der ADEM angebotenen Diensten. Die DP wird aus dem Arbeitsamt eine unabhängige Arbeits- und Weiterbildungsagentur machen, deren Hauptakzent auf der Weiterbildung und der Orientierung des einzelnen Arbeitssuchenden liegen wird. Parallel dazu wird die DP dafür Sorge tragen, dass neben dieser neuen Arbeitsagentur private Arbeitsvermittler eine verstärkte Rolle bei der Arbeitsvermittlung spielen werden.

Finanzielle und administrative Autonomie für die Arbeitsagentur. Die Arbeitsagentur muss, damit sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann, finanziell und administrativ möglichst unabhängig sein. Aus diesem Grund werden wir der Agentur ein anderes Statut geben als das einer staatlichen Verwaltung. Des Weiteren werden wir eine ernst zu nehmende Evaluationskultur einführen, umso die Qualität der angebotenen Dienste für Arbeitssuchende und Unternehmen zu verbessern bzw. gegebenenfalls zu überdenken. Diese Maßnahmen werden sowohl eine Verbesserung der Dienste der Arbeitsagentur als auch eine effizientere Verwaltung ihrer finanziellen Mittel ermöglichen.

Eine neue Betreuungsqualität zugunsten der Arbeitssuchenden. Momentan betreut ein einzelner Arbeitsvermittler im Schnitt rund 500 Arbeitssuchende. Eine korrekte Betreuung des einzelnen Arbeitssuchenden ist unter solchen Umständen nicht

möglich. Die DP ist nicht gewillt, diesen Zustand länger hinzunehmen. Wir werden dafür sorgen, dass der Arbeitssuchende in Zukunft eine personalisierte Betreuung in Anspruch nehmen kann. Aus diesem Grund werden wir die Zahl der Stellenvermittler massiv aufstocken. Außerdem werden wir Langzeitarbeitslosen einen persönlichen Betreuer zur Seite stellen.

Wie kann eine personalisierte Betreuung angeboten werden?

Die DP wird der Arbeitsagentur die Möglichkeit geben, ihr Personal autonom zu rekrutieren, um auf diese Weise sicherzustellen, dass Personal mit dem gewünschten Profil eingestellt werden kann. Neben den Stellenvermittlern sollen Betreuer den Arbeitssuchenden, vor allem den Langzeitarbeitslosen, mit Ratschlägen eine Hilfestellung geben. Wir werden die notwendigen finanziellen Mittel für eine substantielle Personalaufstockung bereitstellen. Gleichzeitig sollen künftige Stellenvermittler eine spezifische Ausbildung durchlaufen, um die mannigfaltigen Herausforderung ihrer Tätigkeit besser bewältigen zu können.

Einen direkten Kontakt zwischen Arbeitsagentur, Unternehmen und Arbeitssuchenden herstellen. Die DP wird dafür sorgen, dass Stellenvermittler und Betreuer die nötige Zeit haben werden, um Kontakte zu Unternehmen und deren Personalabteilungen auf- und auszubauen. Die Stellenvermittler müssen ihre Kenntnisse des Arbeitsmarktes vertiefen, um die Erwartungen und Bedürfnisse der Arbeitgeber genauer zu kennen. Außerdem fordert die DP, dass Stellenvermittler und Betreuer die Arbeitssuchenden soweit wie möglich bei ihren Bewerbungen eine begleitende Hilfestellung geben.

Aktivierung und Eigenverantwortung des Arbeitssuchenden ab dem ersten Tag. Die Einschreibung bei der Arbeitsagentur muss eine Chance für den Arbeitslosen sein. Jeder Arbeitslose sollte bei Antritt einer neuen Arbeitsstelle besser ausgebildet sein, als dies zu Beginn der Arbeitslosigkeit der Fall gewesen ist. Deshalb wird der Arbeitssuchende nunmehr mit Beginn seiner Einschreibung in seinen Bemühungen von den Vermittlern und Begleitern unterstützt. Hinzu kommen, dass Weiterbildungs- und Aktivierungsmaßnahmen allen Arbeitssuchenden angeboten werden, um somit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Der Arbeitssuchende muss der ihm angebotenen Solidarität u.a. auch durch Eigeninitiative gerecht werden.

Beschäftigung fördern

Jeder Arbeitssuchende muss zeigen, dass er ein wirkliches Interesse an einer neuen Arbeitsstelle besitzt. In Luxemburg ist die öffentliche Arbeitslosenunterstützung äußerst großzügig bemessen. Zudem werden in vielen Fällen zusätzliche Hilfen von staatlicher Seite aus gezahlt. Die DP wird das Prinzip der kumulierbaren Hilfen überdenken. Falls ein Arbeitssuchender eine zumutbare Arbeitsstelle verweigert, wird die Arbeitsagentur das Verhalten des Arbeitssuchenden, der seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, künftig mit finanziellen Konsequenzen ahnden. Dem Arbeitssuchenden wird entweder die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung verweigert oder aber sie wird ihm definitiv entzogen.

Zumutbares Stellenangebot

Als zumutbares Stellenangebot gilt ein Arbeitsplatz, der mit 80% des letzten regulären Gehalts bezahlt wird. Nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit fällt dieser Prozentsatz auf 70% des letzten Gehalts. Nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit gilt eine Arbeitsstelle als zumutbar, wenn das Lohnniveau auf dem Niveau des Arbeitslosengeldes liegt, sofern er allen anderen Bedingungen der „convention d'activation individualisée“ entspricht.

Eine Aktivierungskonvention für alle Arbeitssuchenden. Die DP wird die "convention d'activation individualisée" obligatorisch für jeden Arbeitssuchenden machen. Die Unterzeichnung einer solchen Konvention wird zur Voraussetzung, um in den Genuss von Arbeitslosengeld zu kommen. Hauptziel ist es, dem Arbeitssuchenden Stellen zu vermitteln, die seinem Profil entsprechen. Die Charakteristika der gesuchten Arbeitsstellen, die berufliche und familiäre Situation des Betroffenen sowie das gewünschte Gehaltsniveau stellen wichtige Elemente bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz dar. Diese Elemente können periodisch angepasst werden, um somit die Perspektiven auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Aktivierungskonvention

Seit 2007 kann die ADEM jedem Arbeitssuchenden den Abschluss einer « convention d'activation individualisée » anbieten, in der die Rechte und Pflichten beider Seiten genau festgelegt sind. Den gültigen gesetzlichen Bestimmungen zufolge ist der Abschluss einer solchen Konvention jedoch rein fakultativ.

Eine Aus- bzw. Weiterbildung für jeden Arbeitssuchenden. Eines der Hauptziele der DP besteht darin, das Problem des geringen Bildungsniveaus von vielen Arbeitssuchenden zu beheben, von dem hauptsächlich Langzeitarbeitslose betroffen sind. Daher wird die DP die Arbeitsagentur in eine Aus- und Weiterbildungsagentur umwandeln, die zudem eng mit bestehenden Weiterbildungsinstituten zusammen arbeiten soll.

Beschäftigungsinitiativen besser zielorientieren. Eine CEPS-Studie hat gezeigt, dass die Beschäftigungsinitiativen lediglich einen geringen Effekt auf Vermittelbarkeit von arbeitssuchenden Menschen haben. Dieser Effekt tendiert gegen Null im Falle, wo der Arbeitssuchende länger als sechs Monate in einer Beschäftigungsinitiative untergebracht ist. Die DP ist der Ansicht, dass das Ziel dieser Maßnahmen keineswegs in einer vorübergehenden „Beschäftigung“ der Arbeitssuchenden bestehen darf, sondern, dass die oberste Priorität darin bestehen muss, diese Menschen wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Die DP wird die Beschäftigungsinitiativen neu ausrichten und sie mit einem mit präzisen Zielsetzungen versehenen gesetzlichen Rahmen ausstatten. Des Weiteren besteht die DP darauf, dass die Maßnahmen in regelmäßigen Abständen von unabhängigen Experten analysiert werden. Auf keinen Fall dürfen die Beschäftigungsinitiativen zur Konkurrenz für Unternehmen, die auf dem freien Markt agieren, werden.

Bildung

Unsere Politik wird Ihren Kindern echte Berufsperspektiven bringen.

Das Problem

Ständiges Hin und Her verunsichert die Menschen. Zu viel Politik, zu wenig Pädagogik. Die Bildungspolitik der vergangenen fünf Jahre verbinden die Menschen mit einem großen Hin und Her. Eine wahre "Reformitis" hat für viel Unruhe bei Eltern, Lehrern und Schülern gesorgt. Dies ging auf Kosten der Qualität der Schule und zum Teil der Motivation der Schulpartner. Schlimmer noch: die eingeleiteten Reformen wurden nicht bzw. nur unvollständig wissenschaftlich evaluiert, so dass kaum bis keine gewinnbringenden Erkenntnisse gezogen werden konnten.

Soziale Unterschiede werden nicht aufgefangen. Die öffentliche Schule steht nicht mehr für Chancengerechtigkeit. Die Betreuung der Kinder nach der Schule ist von Elternhaus zu Elternhaus sehr unterschiedlich. Die Berufstätigkeit beider Elternteile, eine steigende Zahl an alleinerziehenden Elternteilen, das soziale Umfeld, die Herkunft der Eltern sowie das Engagement der Eltern für ihr Kind, all diese Faktoren haben einen sehr starken Einfluß auf die Entwicklung und Bildung der Kinder. Die öffentliche Schule wird dieser Herausforderung nachweislich nicht gerecht. Es besteht keine Chancengerechtigkeit mehr für alle Kinder. Dadurch wird die öffentliche Schule ihrer Aufgabe als sozialer Aufzug nicht gerecht.

Nicht alle Kinder sind gleich. Die Schule integriert schlecht. Anstatt die Integration ausländischer und sozial benachteiligter Schüler zu fördern, werden Ungleichheiten zementiert. Schwache und überforderte Schüler haben kaum eine Chance, ihre Situation nachhaltig zu verbessern. Vor allem sprachliche Hürden wie eine mangelhafte Betreuung nach der Schule versperren ihnen den Weg in eine bessere Zukunft.

Nur ein einziges Schulsystem für alle Kinder. Die Menschen haben keine Wahl. Unser Schulsystem gibt keine zufriedenstellende Antwort auf die Vielfalt der Schüler (begabt, Lernschwierigkeiten, Gesundheit, sprachliche Probleme,...). Viele Kinder, ob begabt oder nicht, finden sich nicht in unserem Schulsystem zurecht. Die Eltern haben kaum eine Wahl, um sich nach einer anderen Möglichkeit, ihr Kind zu fördern innerhalb unserer Grenzen umzusehen. Oftmals müssen sie daher auf Privatschulen oder Schulen im Ausland zurückgreifen.

Erschreckend viele junge Menschen verlassen unsere Schulen ohne ordentliche Ausbildung und ohne jeglichen Abschluss. Im Schuljahr 2005/2006 erhielten rund 80% der Schüler, welche im September 1999 in die 7. Klasse gekommen waren, ihr jeweiliges Abschlussdiplom im Sekundarunterricht. Die anderen 20% wiesen entweder einen Rückstand von einem oder mehreren Schuljahren auf oder aber hatten im Lauf dieser Jahre die Schule entweder Richtung Ausland verlassen oder aber ohne Diplom abgebrochen.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist gestiegen. Gleichzeitig ist Nachfrage der Wirtschaft an jungen Fachkräften enorm. Rund 19% der bei der Arbeitsmarktverwaltung gemeldeten Arbeitslosen sind jünger als 26 Jahre. Fast 50% aller gemeldeten Arbeitslosen verfügen über keine abgeschlossene Bildung. Allerdings ist die Nachfrage nach Fachkräften mit mittlerem und hohem Bildungsabschluss in allen Wirtschaftsbereichen sehr hoch. In der Tat wurden in den vergangenen Jahren tausende Arbeitsplätze geschaffen, doch rund zwei Drittel dieser Stellen werden von Grenzgängern besetzt.

Unser Konzept

Schluss mit Hin und Her. Politik muss raus aus der Schule. Die DP will das Vertrauen in unser Bildungssystem wieder herstellen. Wir werden dafür sorgen, dass die Politik sich aus der Schule heraushält. Wir werden die Neuerungen der letzten Jahre kritisch hinterfragen, das heißt, sie wissenschaftlich evaluieren lassen, eventuell bestehende Mängel und Fehlentwicklungen beheben und die erfolgreichen Elemente zurückbehalten.

Wie kann die Politik aus der Schule herausgehalten werden?

Die DP plädiert dafür, dass die Rolle des Gesetzgebers bei der Ausarbeitung von Schulgesetzen eingegrenzt wird: Der Gesetzgeber soll in Zukunft lediglich die Rahmenbedingungen der Schule festlegen. Diskussionen und Entscheidungen über pädagogische Inhalte und Methoden sollen in den Augen der DP nicht im Parlament, sondern von den Spezialisten im Rahmen der öffentlichen Schule und unter Verantwortung des Ministeriums geführt bzw. getroffen werden. Der Gesetzgeber soll lediglich die Rahmenbedingungen der in der öffentlichen Schule angewandten pädagogischen Konzepte (Monitoring, Evaluierung, wissenschaftliche Begleitung,...) festlegen und gewährleisten. Dies wird eine Verfassungsänderung notwendig machen.

Gezielt fördern, gerecht fordern. Stärken und Schwächen der Schüler berücksichtigen. Zur allseitigen Entwicklung von Kindern gehören unserem Verständnis nach nicht nur ein solides Grundwissen, sondern auch lebenspraktische Fähigkeiten und soziale Kompetenzen. Aus diesem Grund müssen Lehrmethoden und Lernrhythmen angewandt werden, die es erlauben, die Stärken und Schwächen jedes Einzelnen soweit wie möglich zu berücksichtigen. Individuelle Bildungspläne sollen ausdrücklich gefördert werden. Zusätzliche, deskriptive Bewertungsmethoden sollen es Eltern, Lehrern und den Schülern ermöglichen, sich ein genaueres Bild über die Lernfortschritte des Schülers zu machen.

Vielfalt an Lehr- und Lernmethoden

Die DP setzt sich für eine breit gefächerte Vielfalt an Lehr- und Lernkonzepten im Rahmen der öffentlichen Schule ein. Wir wollen verhindern, dass Schüler Privatschulen oder Schulen im nahen Ausland aufsuchen müssen, nur weil das hiesige Schulangebot ihren Bedürfnissen nicht entspricht. Deshalb muss verstärkt ein offener, individualisierter („Die Schwachen fördern, die Starken fordern“) und handlungsorientierter Unterricht in unseren Schulen zum Tragen

kommen. Teamwork und interdisziplinäre Projekte sowie der konsequente Einsatz von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sind Arbeitsformen, welche auch in der Berufswelt immer mehr erfordert sind.

Kompetenzsockel und Entwicklung von Kompetenzen

Wenn die Schule adäquat auf das spätere Berufsleben vorbereiten soll, genügt es nicht, den Schülern Wissen zu vermitteln. Aufbauend auf einem soliden Grundwissen müssen die Schüler lernen, zusammenhängend zu denken und zu handeln, damit sie das sich angeeignete Wissen auch in konkreten Situationen anwenden und in die Praxis umsetzen können. Kompetenzen wie Initiativegeist, Kreativität, Toleranz, Solidarität oder Verantwortungsbewusstsein werden in der Arbeitswelt heutzutage verstärkt gefordert und müssen daher entsprechend früh entwickelt und gefördert werden.

Der Erwerb von grundlegendem Wissen, man könnte auch von Sockelkompetenzen sprechen, sichert die Fähigkeit zum weiterführenden und selbstmotivierten Lernen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Schule. Sie zielt auf die Bewältigung und Gestaltung von Lebenssituationen. Grundlegende Bildung wird durch die auf die Wirklichkeit bezogene Auseinandersetzung mit den Inhalten der Fächer im Unterricht sowie in der Ausgestaltung des Schullebens realisiert. Ein derart neuartiges Bildungsverständnis rückt die Entwicklung von Kompetenzen in den Vordergrund, ohne dabei jedoch grundlegendes Wissen zu vernachlässigen.

Die nationalen Rahmenlehrpläne sollen einem Lernansatz gerecht werden, der die Entwicklung von Handlungskompetenzen zum Ziel hat. Die zu entwickelnden Kompetenzen, die von Schülern am Ende der Schulzeit bzw. eines Schulzyklus erwartet werden, werden in den Rahmenlehrplänen der verschiedenen Fächer fachbezogen beschrieben.

Dabei ist für die DP klar, dass jede Lehrmethode nur so gut ist, wie die Leistungsbereitschaft des Lehrpersonals und der Schüler. Voraussetzung für die Entwicklung von Kompetenzen ist eine solide Wissensgrundlage. Voraussetzung für die Aneignung und Entwicklung von Kompetenzen ist aber auch die Bereitschaft, Leistung zu fördern. Ohne die Erbringung von Leistung seitens der Schüler können keine Lernfortschritte erzielt werden.

Bewertung der Schüler

Unterschiedliche Lern- und Lehrmethoden bedingen oftmals auch eine Umstellung in der Bewertung der Schüler, da hier das „klassische“ Bewertungssystem die Fortschritte und den Lernprozess der Schüler nicht mehr adäquat erfassen kann. Die herkömmliche Bewertung mit Noten und Punkten gibt häufig kein komplettes und differenziertes Bild eines Schülers und seiner Lernfortschritte wieder. Mit Hilfe dieser Bewertungsmethode können lediglich Momentaufnahmen vom Wissensstand des einzelnen Schülers dokumentiert, nicht aber der Lernprozess erfasst werden.

Gemäß der angewandten Lernmethode soll daher darüber nachgedacht werden, ob nicht neben der klassischen Benotungsmethode zusätzliche und ergänzende Bewertungsmethoden Eingang in unser Schulsystem finden können. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang vor allem eine konstantere und nicht mehr rein punktuell fixierte Evaluation der Schüler. Für den Lehrer, vor allem aber auch für den Schüler selbst und für die Eltern ist es nötig und wichtig, die Lernfortschritte des Kindes anhand dieser Bewertungsmethode erkennen zu können und im Verhältnis zu den Mitschülern vergleichen zu können. Eine deskriptivere Bewertung der Schüler, die ja zum Teil bereits Eingang in unser Schulsystem (v.a. in der Grundschule) gefunden hat, ermöglicht es den Schülern bzw. den Lehrkräften auch, Stärken und Schwächen (der Schüler) zu erkennen und dementsprechend darauf zu reagieren.

Unterschiedliche Schulmodelle für unterschiedliche Kinder. In Zukunft werden sämtliche Schulpartner - Lehrer, Direktion, Eltern, Schüler (und bei der Grundschule auch die Gemeindeverantwortlichen) - gemeinsam das pädagogische Konzept beziehungsweise den Organisationsrhythmus ihrer Schule ausarbeiten. Im Rahmen dieses Konzepts können die Lehrkräfte eigenverantwortlich über Methode und Lernmaterial entscheiden. Hiermit tragen wir der Vielfalt der Schüler (begabt, Lernschwierigkeiten durch Dyslexie, Legasthenie oder AD(H)S, Gesundheit, sprachliche Probleme,...) besser Rechnung. Eine optimale Förderung jedes Kindes wird möglich sein. Der Rückgriff auf Privatschulen oder ausländische Schulen kann somit vermindert werden.

Verstärkte Eigenverantwortung für alle Schulen

Die DP will die Qualität des luxemburgischen Bildungssystems verbessern. Unserer Ansicht nach funktioniert dies aber nur, wenn man sämtlichen Schulen, Grundschulen mit eingeschlossen, mehr Autonomie und mehr Freiraum in pädagogischen und finanziellen Fragen einräumt. Unter der Verantwortung der damaligen liberalen Bildungsministerin wurde 2004 die Basis für mehr Autonomie für die Sekundarschulen gelegt. Ausgehend von diesem Gesetz soll der Handlungsspielraum unserer Schulen - sowohl im Grundschulbereich als auch im Sekundarbereich - weiter ausgebaut werden.

Hierfür brauchen sie allerdings ein verstärktes Recht auf Selbstverwaltung. Vor allem aber muss es ihnen möglich sein, ihr eigenes pädagogisches Modell in Eigenverantwortung und unter Aufsicht des Ministeriums zu entwickeln. Gemäß dem für die jeweilige Schule ausgearbeiteten pädagogischen Konzept soll auch darüber nachgedacht werden, ob die Sekundarschulen in Eigenverantwortung die Lehrkräfte anwerben können, welche sich mit der entwickelten Konzeption identifizieren und auch über die nötigen Kenntnisse verfügen, diese im Unterricht anzuwenden.

Die Lehrer werden unsere Partner sein.

Um eine optimale Wissensvermittlung und Persönlichkeitsentfaltung der Schüler zu gewährleisten, wird die DP den Einsatz von multi-disziplinären Teams (Lehrer, Erzieher, Sozialpädagogen, Ergotherapeuten, Psychologen) unterstützen. Die DP wird außerdem das Inspektorat reformieren, im Sinne einer stärkeren Ausrichtung seiner Funktion auf die pädagogische Tätigkeit. Wir werden die Rahmenbedingungen des Lehrerberufs kritisch überprüfen, und gegebenenfalls anpassen, um Motivation und hohe Lehrqualität einfordern zu können. Im Sinne einer größeren Autonomie der einzelnen Schulen spricht die DP sich klar gegen die zentrale Ernennung von Lehrern durch das

Ministerium aus. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig, ähnlich wie im Sekundarbereich, auch sämtlichen Grundschulen, ein Schulleiter (Direktor) vorstehen soll. Die DP befürwortet außerdem die Schaffung eines „*médiateur scolaire*“, der als unabhängiger Mittelsmann helfen soll, eventuell zwischen den Schulpartnern auftretende Probleme zu lösen.

Engere Anbindung der „éducation différenciée“ an das reguläre Schulsystem

Es gilt unter pädagogischen Gesichtspunkten als sinnvoll, dass die Struktur der Gesellschaft sich auch innerhalb der Schule widerspiegelt. Daher gehören in eine moderne Schule auch soziale Leistungen. (Lern-)behinderte und nicht behinderte Kinder sollen in der Schule zusammengeführt werden, damit sie den sozialen Umgang miteinander lernen. Die DP vertritt die Auffassung, dass die Schule zu gegenseitiger Hilfe erziehen, das kooperative Verhalten sowie Einfühlungsvermögen und Sensibilität entwickeln soll. Daher spricht sich die DP dafür aus, dass die Kinder, die aufgrund einer Behinderung die „*éducation différenciée*“ besuchen, soweit wie möglich in die Regelschule eingebunden werden.

Autonomie ja, aber gemeinsame Lernziele müssen in allen Schulen erreicht werden. Das Bildungsministerium überprüft die ausgearbeiteten Konzepte hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den für das gesamte Schulsystem festgelegten Bildungszielen (Kompetenzsockel, national standardisierte Tests) und wird in Zusammenarbeit mit anerkannten Wissenschaftlern einheitliche zu erreichende Leistungsstandards festlegen. Standardisierte nationale Tests, die in regelmäßigen Abständen von den Schülern abgelegt werden müssen, garantieren eine objektive Bewertung der einzelnen Konzepte sowie das Erreichen eines hohen einheitlichen Bildungsstandards für alle Schüler.

Wissenschaftliche Begleitung der Schulprojekte gewährleisten. Um die Qualität unseres Schulsystems objektiv bewerten und verbessern zu können, werden wir eine ständige Evaluierung aller bestehenden und im Schulversuch befindlichen Modelle und Projekte sicherstellen.

Kinder werden nicht mehr an Sprachen scheitern. Die Sprachschwierigkeiten vieler Kinder in unserem Schulsystem werden reduziert. Wir werden bereits ab der „*éducation précoce*“ und dem Kindergarten eine frühe Sprachenförderung allgemein einführen. Schon in der Grundschule werden Deutsch und Französisch konsequent als Fremdsprachen unterrichtet. Zusätzlich soll eine alternative Alphabetisierung auf Französisch (heute ausschließlich auf Deutsch) angeboten werden. Die DP befürwortet zudem die Einführung von schulischen Laufbahnen mit unterschiedlicher Gewichtung der Sprachen.

Reform des Sprachenunterrichts

Die Sprache ist der Schlüssel zu Selbstverständnis und Identität des Menschen, Sie ermöglicht Kommunikation und soziale Integration. Sprache ist aber gleichzeitig auch von grundlegender Wichtigkeit für sämtliche Lernprozesse und damit für die aktive und umfassende Teilnahme an der Schul- und Arbeitswelt und für lebenslanges Lernen. Die Förderung der Sprachkompetenzen ist ein elementares Bildungsziel; dabei gilt es vor allem, das Erlernen von Sprachen in frühen Jahren gezielt zu fördern.

Wir sind der Überzeugung, dass der Sprachenunterricht bzw. die in unserem Schulsystem praktizierte Mehrsprachigkeit eines der Hauptprobleme unseres Schulsystems, vor allem im Hinblick auf die Integration ausländischer Kinder, darstellt. Unsere Vielsprachigkeit ist aber andererseits oft ein Vorteil. Für die DP kommt es deshalb nicht in Frage diesen Aspekt unseres Bildungssystems aufzugeben. Im klassischen Sekundarunterricht muss weiter garantiert werden, dass die Schüler die Sprachen Französisch, Deutsch und Englisch gut beherrschen. Wir müssen uns aber der Tatsache bewusst werden, dass gerade im Sprachenunterricht viele Schüler Probleme haben und das Scheitern ihrer schulischen Karriere oft durch eine Überforderung im sprachlichen Bereich bedingt ist. Aus diesem Grund tritt die DP dafür ein, unseren Sprachenunterricht grundlegend zu reformieren bzw. zu überdenken.

Frühere Sprachenförderung ausbauen

Von einer frühen Förderung profitieren insbesondere Schüler mit ungünstigen Lernvoraussetzungen (Faktoren wie bildungsferner sozialer Hintergrund und Fremdsprachigkeit). Der Ausbau der frühen Sprachförderung in der Schule, vor allem aber auch die Sprachförderung in außer- und vorschulischen Betreuungsstrukturen ist ein entscheidender Faktor für den schulischen Erfolg. Dazu gehört auch, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen frühzeitig erkannt und gezielt unterstützt werden können.

Deutsch- und französischsprachige Alphabetisierung als Alternative

Die öffentliche Schule stellt einen wichtigen Faktor beim Integrationsprozess von ausländischen Kindern und Jugendlichen dar. Jedem Menschen soll sie die gleiche Chance auf Bildung und Ausbildung bieten und ihm helfen, sich in die Gesellschaft einzugliedern. Unser Schulsystem weist jedoch gerade bei der Integration von ausländischen Kindern gewisse Defizite auf. Der hohe Anteil an ausländischen Schülern und die damit verbundene Heterogenität stellen unsere Schule vor gewaltige Herausforderungen. Diese gilt es jedoch im Hinblick auf die Chancengleichheit für alle Kinder anzunehmen und entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.

Aus diesem Grund setzt sich die DP für eine wahlweise Alphabetisierung auf Deutsch oder Französisch in der Grundschule ein. Vor allem Kinder mit französischsprachigem Hintergrund haben oft große Probleme, sich in unserem Schulsystem zurechtzufinden, da eine deutschsprachige Alphabetisierung für sie meist eine der Hauptschwierigkeiten darstellt. Eine französische Alphabetisierung, aber auch Schulkarrieren mit differenzierter Gewichtung der einzelnen Sprachen sowie die „*éducation précoce*“ verwandeln Sprachkenntnisse in ein echtes Erfolgskriterium. Wir erwarten uns hiervon, dass sich für viele Schüler die Startchancen erheblich verbessern werden. Die Alphabetisierung soll derart gestaltet werden, dass alle Schüler - unabhängig von der Wahl der Alphabetisierungssprache - nach Abschluss dieser Phase einen gemeinsamen Unterricht besuchen können.

Sprachenunterricht als Fremdsprachenunterricht

Die DP tritt dafür ein, dass der Sprachenunterricht an unseren Schulen grundlegend überdacht wird. Der Unterricht muss mehr auf den Aspekt der Fremdsprachigkeit ausgerichtet werden, sprich Deutsch und Französisch müssen konsequent als Fremdsprachen unterrichtet werden. [Gute Resultate konnten beispielsweise in den so genannten ALLET-Klassen erzielt werden, wo Deutsch als Fremdsprache im Untergrad des klassischen Sekundarunterrichts unterrichtet wird. (ALLET steht für „allemand langue étrangère“.)] Mehr Wert soll zudem auf die kommunikativen Fähigkeiten (Sprechen und Schreiben) gelegt werden, ohne jedoch die strukturellen Aspekte des Sprachenunterrichts (Grammatik, Vokabular) zu vernachlässigen. Besonders in der Früherziehung, aber auch bereits während der vorschulischen Betreuung muss der Umgang mit der Muttersprache seinen Platz behalten. Nur wer eine erste Sprache beherrscht, ist fähig, eine weitere zu erlernen.

Betreuungsstrukturen flächendeckend ausbauen, ab 2014 gratis zur Verfügung stellen und somit Chancengerechtigkeit herstellen. Wir werden die Betreuungsstrukturen rund um die Schule bis 2014 flächendeckend ausbauen. Ab 2014 können diese Strukturen von allen Kindern gratis genutzt werden. Internate sowie das Konzept der Ganztagschule können daneben eine sinnvolle Alternative darstellen. Das Angebot an Strukturen, die eine ganztägliche Betreuung außerhalb der Schule anbieten, werden wir deshalb ausbauen. Wir werden aber in allen Fällen den Eltern überlassen, ob sie ihre Kinder in eine halb- oder ganztägliche Betreuung bzw. eine Ganztagschule geben oder sich selbst um ihre Kinder kümmern wollen.

Mit unserer Politik entscheiden Sie selbst über Ihr Leben.

Das Problem

Die individuellen Freiheiten bzw. die Bürgerrechte der Menschen werden staatlichen Zielen und religiösen Dogmen untergeordnet. In den vergangenen Jahren wurde immer wieder mit mehr oder weniger großem Erfolg versucht, die individuellen Freiheiten bzw. die Bürgerrechte einzuschränken mit dem Vorwand, man wolle mehr Sicherheit oder eine bessere Gesundheit garantieren. Die Menschen fühlen sich ob dieser Politik zunehmend unwohl.

Anti-Terrorgesetze beschneiden die Freiheit der Menschen. Als Konsequenz der Terrorattentate vom 11. September 2001 wurde eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die einen tiefen Einschnitt in die persönlichen Rechte der Luxemburger bedeuteten. So werden seit 2004 alle Telefon- und Internetdaten der Luxemburger während sechs Monaten gespeichert. Ob diese Maßnahmen etwas gebracht haben im Kampf gegen den Terrorismus ist bisher unbekannt.

Das Recht auf freie Lebensgestaltung besteht nicht in Luxemburg. Die katholische Kirche und verschiedene Kreise missbrauchen den christlichen Glauben, um Einfluss auf die Entscheidungen von Parlament und Regierung zu nehmen. Das Recht auf freie Lebensgestaltung wird dabei immer wieder mit Füßen getreten: Die bestehende Schwangerschaftsregelung wird nicht überarbeitet. Gleichgeschlechtliche Ehen sind weiterhin nicht möglich. Verschiedene familienpolitische Geldleistungen diskriminieren immer noch Frauen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Frauenpolitik ist oftmals keine Politik für die Frauen. Frauenpolitik geht zu oft an den wahren Problemen der Frauen vorbei. Statt konkrete Lösungen anzubieten wird mit unbrauchbaren politischen Visionen operiert. Die bereits genannte Schwangerschaftsregelung wurde nicht überarbeitet, so dass jährlich hunderte Schwangerschaftsabbrüche im Ausland erfolgen. Die bestehende Familienpolitik geht an den Bedürfnissen der erwerbstätigen Frauen vorbei, so dass sehr viele Frauen, mangels ausreichender und bezahlbarer Kinderbetreuungsplätze, entweder ihre Berufstätigkeit nach der Geburt eines Kindes einschränken oder gar beenden. Seit vielen Jahren wird die Einführung des Rentensplittings thematisiert, ohne dass eine konkrete Lösung gefunden wurde. Die Reform des Scheidungsrechts harrt seit fünf Jahren einer Lösung, während die Zahl der Scheidungen konstant ansteigt (1182 Scheidungen im Jahr 2006).

Religion statt Wertevermittlung. Die Vermittlung von Werten einer einzigen Religion in der öffentlichen Schule ist besonders in einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft äußerst problematisch. Die öffentliche Schule sollte an sich konfessionsneutral sein. Das Gegenteil ist in Luxemburg der Fall.

Zusammenleben mit ausländischen Mitbürgern, statt Hürden bauen. Das Zusammenleben mit immer mehr ausländischen Mitbürgern macht vielen Einheimischen Angst. Die nationale Identität, die politische Partizipation sowie die Sprache stehen zur Debatte. Dabei besteht die Gefahr, dass die Menschen sich auf beiden Seiten verschließen, anstatt dass sie sich öffnen. Residenzklauseln, Sprachbarrieren oder einfach die Verhinderung oder Erschwerung des Zugangs zu politischer Partizipation führen dazu, dass das Zusammenleben erschwert wird.

Bei Randgruppenthemen wurden die Augen bisher geschlossen. Drogenabhängige, ehemalige Häftlinge, Prostituierte oder einfach Obdachlose leben am Rand der Gesellschaft, zum Teil sogar außerhalb. Immer mehr Spannungen sind in den vergangenen Jahren mit der Bevölkerung entstanden, weil es versäumt wurde, die Probleme dieser Menschen in Angriff zu nehmen bzw. die Politik weggesehen und ihre Probleme tabuisiert hat. Die Ursachen liegen im Mangel an dezentralisierten Infrastrukturen, Betreuung, Therapieplätzen und Posttherapieplätzen. Wegsehen bzw. die Probleme tabuisieren ist keine Lösung.

Unser Konzept

Priorität für den Schutz der Privatsphäre. Um die rasante Zunahme an Überwachungskameras und Datenbanken mit personenbezogenen Daten zu kontrollieren wird die DP die zuständige Datenschutzkommission personell und finanziell stark aufstocken. Die Kommission soll in Zukunft stichprobenartig Kontrollen vornehmen können, um zu garantieren, dass der Schutz der Privatsphäre der Menschen nicht gefährdet wird. Des Weiteren wird die DP in Zukunft keine europäischen oder internationalen Maßnahmen unterstützen, die dem Schutz der Privatsphäre zuwiderlaufen. Online-Durchsuchungen auf bloßen Verdacht hin wird es mit der DP nicht geben.

Anti-Terrormaßnahmen dort abschaffen, wo sie keine Resultate für die Bürger bringen. Die DP wird bis 2011 eine Bilanz der Anti-Terrormaßnahmen vornehmen, die im Zuge der Terroranschläge vom 11. September 2001 eingeführt wurden. Wir werden Maßnahmen, die sich als wenig effizient herausgestellt haben und die Freiheit der Bürger einschränken, abschaffen. Die DP wird diese Diskussion auch auf europäischer Ebene führen.

Bürger sollen über ihren Lebensstil frei entscheiden können. Statt Verbote gegen bestimmte Lebensstile per Gesetz auszusprechen, wird die DP sensibilisieren. Das bedeutet konkret, dass die DP Informations- und Sensibilisierungskampagnen etwa für gesunde Ernährung, gegen den Tabak- und übermäßigen Alkoholkonsum, für sicheren Sex, oder gegen Drogenmissbrauch durchführen wird. Wir werden keine neuen Gesetze und Vorschriften erlassen, die dem Bürger vorschreiben, wie er zu leben hat.

Freie Lebensgestaltung geht vor. Die DP respektiert jede Glaubensgemeinschaft bzw. ihre jeweiligen religiösen Werte. Die DP akzeptiert jedoch nicht, dass eine religiöse Glaubensgemeinschaft der gesamten Gesellschaft vorschreiben darf, was möglich ist und was nicht. Wir werden deshalb die bestehende Schwangerschaftsregelung überarbeiten, die zivile Ehe für

gleichgeschlechtliche Paare öffnen, gleichgeschlechtlichen Paaren das Recht auf Adoption zugestehen sowie das Recht auf Palliativmedizin und auf Sterbehilfe respektieren. Daneben werden wir das Steuerrecht individualisieren, so dass die Ehe an sich nicht mehr steuerlich gefördert wird.

Schwangerschaftsabbruch: Frauen sollen bis zur 12. Schwangerschaftswoche frei entscheiden dürfen. Wir werden das Abtreibungsgesetz von 1978 überarbeiten. Die dort festgehaltene Indikationslösung sieht vor, dass eine Frau nur dann abtreiben darf, wenn ein Arzt dies ausdrücklich erlaubt. Die DP will auf eine Fristenregelung umschwenken, die der Frau die freie Entscheidung bis zur 12. Schwangerschaftswoche überlässt. Nach der 12. Schwangerschaftswoche muss ein Arzt über die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs entscheiden, sofern eine schwerwiegende Gefährdung der körperlichen oder seelischen Gesundheit der Frau diagnostiziert wird. Zusätzlich zu dieser Reform legt die DP sehr viel Wert auf eine angemessene Beratung. Wir werden die bestehenden Anlaufstellen für Frauen evaluieren und die Qualität gegebenenfalls verbessern.

Betreuungsstrukturen führen zu mehr Chancengerechtigkeit zwischen Mann und Frau. Die DP wird in den kommenden fünf Jahren, die Betreuungsstrukturen flächendeckend in allen Gemeinden schaffen, die Preise der Betreuungsstrukturen senken und sie ab 2014 gratis anbieten. Diese Strukturen schaffen die Voraussetzung für die freie Lebensentfaltung von Frauen und Männern, verbessern erheblich den Zugang der Frauen zur Erwerbstätigkeit, ermöglichen die gleiche Entwicklung von Arbeitskarrieren und Löhnen und werden dadurch auch zu einem Mentalitätswechsel der Unternehmen bzw. Personalchefs führen. Gratis Betreuungsstrukturen werden nach Auffassung der DP die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau konkret und deutlich verbessern.

Scheidungsrecht vereinfachen und Interesse der Kinder fest im Visier. Die DP wird das Scheidungsrecht, was die administrativen und juristischen Prozeduren anbelangt, vereinfachen. Wenn beide Partner sich auseinander gelebt haben, dann soll in Zukunft eine Ehe geschieden werden können. Das bestehende Scheidungsrecht, das zu langen, schwierigen und zum Teil hässlichen Prozessen geführt hat, deshalb abgeändert und vereinfacht. Das Schuldprinzip („divorce pour faute“) wird eingeschränkt. Es bleibt nur bestehen für besonders schwere Fälle, wie etwa die nachweisliche Anwendung von häuslicher Gewalt. Zudem wird die DP das elterliche Sorgerecht gleichsam auf beide Partner ausdehnen.

Rentensplitting wird eingeführt. Das Prinzip des Rentensplittings wird für Männer und Fraueneingeführt. So werden künftig Ehepaare zwischen der Hinterbliebenenrente und dem Rentensplitting wählen können. Sollten Frauen oder Männer bei einer vollen Rentenkarriere trotzdem unter das Niveau einer Mindestrente fallen, wird ihre Rente aufgestockt.

Haben sich die Ehepartner bzw. eingetragenen Lebenspartner für das Rentensplitting entschieden, werden Rentenanwartschaften aus der Ehe oder der Lebenspartnerschaft zu gleichen Teilen auf die beiden Partner aufgeteilt. Ein Anspruch auf Witwenrente oder Witwerrente ist dann ausgeschlossen, allerdings bleiben auch bei erneuter Heirat die so erworbenen Rentenansprüche bestehen. In der Regel führt das zu höheren eigenständigen Rentenansprüchen für die Frau.

Rentensplitting: Wie funktioniert es konkret?

Das Prinzip des Rentensplittings wird für Männer und Frauen, die vor einem festzulegenden Stichtatum geboren sind, eingeführt. So werden künftig Ehepaare zwischen der Hinterbliebenenrente und dem Rentensplitting wählen können. Sollten Frauen oder Männer bei einer vollen Rentenkarriere trotzdem unter das Niveau einer Mindestrente fallen, wird ihre Rente aufgestockt.

Haben sich die Ehepartner bzw. eingetragenen Lebenspartner für das Rentensplitting entschieden, werden Rentenanwartschaften aus der Ehe oder der Lebenspartnerschaft zu gleichen Teilen auf die beiden Partner aufgeteilt. Ein Anspruch auf Witwenrente oder Witwerrente ist dann ausgeschlossen, allerdings bleiben auch bei erneuter Heirat die so erworbenen Rentenansprüche bestehen. In der Regel führt das zu höheren eigenständigen Rentenansprüchen für die Frau.

Sollten Frauen oder Männer bei einer vollen Rentenkarriere trotzdem unter das Niveau einer Mindestrente fallen, wird ihre Rente aufgestockt. Frauen, die nach dem oben genannten Stichtatum geboren sind, werden eine eigene Rentenkarriere aufbauen müssen, auch wenn sie nicht erwerbstätig sind. Die Beiträge werden steuerlich geltend gemacht werden können.

Religionsunterricht abschaffen. Vorfahrt für Wertevermittlung. Vorfahrt für Wertevermittlung. Die DP wird den Religionsunterricht abschaffen und durch einen Werteunterricht ersetzen. Im Rahmen dieses neuen Unterrichts werden alle Religionen objektiv thematisiert.

Miteinander statt nebeneinander. Ausländische Mitbürger müssen partizipieren können. In einer Gesellschaft, in der fast die Hälfte der Bürger nicht Luxemburger ist, müssen die ausländischen Bürger politisch partizipieren können. Die DP wird deshalb die politischen Rechte der ausländischen Mitbürger stärken. Die neuen Immigrations- und Integrationsgesetzgebungen werden wir nach drei Jahren bilanzieren und ggf. anpassen. Das Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft werden wir reformieren, indem wir die Residenzdauer auf fünf Jahre festsetzen und die geforderten Sprachkenntnisse auf ein Niveau setzen, das nicht niedriger und nicht höher ist als in anderen europäischen Ländern. Wir werden bei Europa- und Kommunalwahlen den ausländischen Mitbürgern in allen Belangen dieselben Rechte zugestehen, als den Luxemburgern. Zudem werden wir, nach einer Bestandsaufnahme der bisherigen Integrationsmaßnahmen, über die Ausdehnung des Wahlrechts auf die nationalen Wahlen nachdenken.

Die Luxemburger Sprache. Die DP sieht die Luxemburger Sprache als Integrationssprache an. Wir werden unsere Sprache weiterhin in der Schule fördern und unterrichten. Daneben werden wir ausländischen Mitbürgern Sprachkurse anbieten, die sie freiwillig bzw. im Rahmen der Prozedur zur Erlangung der (doppelten) Staatsbürgerschaft belegen können. Wir werden zudem gewährleisten, dass die Bürger auch in Zukunft mit allen öffentlichen Behörden in unserer Heimatsprache kommunizieren können.

Menschen statt Randgruppen. Die DP wird nicht weiter dulden, dass Menschen an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden. Die DP wird diese Probleme konsequent angehen durch mehr dezentralisierte Infrastrukturen für Obdachlose und Drogenabhängige, durch die Schaffung von sozial betreuten Wohnstrukturen (jeweils für ehemalige Häftlinge, Obdachlose, ehemalige Drogenabhängige) sowie von Therapie- und Posttherapieplätzen. Angebot und Nachfrage von Prostitution werden wir nicht durch Gesetze bekämpfen. Wir werden sichere und hygienische Arbeitsbedingungen für Prostituierte im Rahmen angemessener Infrastrukturen schaffen und eine obligatorische medizinische Begleitung gewährleisten. Zudem scheint es unabdingbar, zusätzliche Sozialarbeiter einzustellen, die durch sogenanntes Streetworking den Kontakt mit Obdachlosen, Drogensüchtigen oder Prostituierten pflegen und diese durch gezielte Hilfsangebote unterstützen. Die DP wird Ausstiegsprogramme für Prostituierte schaffen und bestehende Strukturen, wie etwa das Drop-In stärker unterstützen.

Familie und Beruf

Mit unserer Politik werden erwerbstätige Eltern nicht mehr die Dummen sein.

Das Problem

Jungen Familien gelingt es nur schwer, Beruf und Familie zu vereinbaren. Viele Mütter und Väter müssen beide einer Beschäftigung nachgehen, um sich ihren Lebensunterhalt (Wohnung,...) zu verdienen. Mangels adäquater Betreuungsstrukturen haben sie jedoch große Schwierigkeiten, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Weit über 40% aller in Luxemburg lebenden Frauen im erwerbsfähigen Alter gehen keiner Erwerbstätigkeit nach.

Die Menschen haben keine Wahlmöglichkeit ihr Zusammenleben so zu gestalten, wie sie es für richtig finden. Das bestehende Familienförderungsmodell unterstützt ein veraltetes Familienbild: Vater arbeitet, Mutter kümmert sich um die Kinder. Die bestehenden Familiengeldleistungen aber auch das Steuersystem fördern dieses Familienbild. Weil es sich finanziell nicht lohnt geben viele Frauen deshalb ihre Erwerbstätigkeit ungewollt auf. Die Eheschließung wird in verschiedenen Fällen steuerlich belohnt, obwohl viele Menschen nicht oder nicht mehr in Ehen leben wollen.

Überdurchschnittlich viele Frauen geben Berufstätigkeit ungewollt auf. 81% der Frauen, die nicht erwerbstätig sind, tun dies aus familiären Ursachen. Entweder ist es finanziell uninteressant für sie, weiter einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, oder es gelingt ihnen, nicht Beruf und Familie mangels ausreichender und flexibler Betreuungsangebote miteinander zu vereinbaren. Die Frauenerwerbsquote liegt in Luxemburg bei Frauen mit einer Hochschulausbildung im Alter bis 49 Jahre bei 69% gegenüber 80% im EU-Durchschnitt. Besonders viele Frauen werden ob des bestehenden familienpolitischen Systems trotz eines hohen Bildungsgrads unfreiwillig aus dem Erwerbsleben hinausgedrängt.

Betreuungsangebote sind Mangelware. Eine Politik, die die Chancengerechtigkeit zwischen Mann und Frau fördert, die die Erwerbstätigkeit der Frauen fördert muss Sorge dafür tragen, dass ausreichend und bezahlbare Betreuungsangebote für Kleinkinder zwischen null und drei Jahren bzw. für schulpflichtige Kinder ab drei Jahren bestehen. Heute gibt es kein flächendeckendes Betreuungsangebot in allen Gemeinden des Landes. Resultat dieser Politik ist, dass viele Eltern keine bezahlbare Kinderkrippe finden und die Chancengerechtigkeit der öffentlichen Schule durch den Mangel an Betreuungskapazitäten in Frage gestellt ist.

Betreuungsangebote sind für viele Menschen zu teuer und unflexibel. Teure und unflexible Betreuungsangebote führen dazu, dass viele Partner ihre Berufstätigkeit aufgeben. Daran wird das System der "chèques services" nicht viel ändern. Es fehlen Angebote für Mütter und Väter, die zu unregelmäßigen Zeiten arbeiten. Zu oft fehlt es an flexiblen Öffnungszeiten. Die Preise für öffentliche Betreuungsplätze sind in den vergangenen Jahren um rund 23% gestiegen. Viele Menschen können sich das nicht leisten.

Elternurlaub ist finanziell uninteressant und kann Berufskarrieren verbauen. Der bestehende Elternurlaub ist für viele Familien uninteressant. Der Lohnausfall ist zu hoch, was sich viele Familien nicht zuletzt ob der hohen Wohnungspreise leisten können. Zudem verbaut der bestehende Elternurlaub den Menschen sehr oft ihre Karrierechancen innerhalb eines Unternehmens.

Export von Kindergeld ins nahe Ausland explodiert. Weit über 250 Millionen Euro müssen jährlich aufgrund europäischer Regelungen an Familienleistungen ins nahe Ausland überwiesen werden. Der Export von Familienleistungen, der durch die Einführung des so genannten „Kannerbonus“ noch verschärft wurde, führt dazu, dass Familien im Vergleich zu den realen Lebenshaltungskosten ungleich unterstützt werden.

Die Kosten für eine größere Wohnung sind für viele junge Familien zu hoch. Wohnen ist in Luxemburg teurer als im nahen Ausland. Besonders junge Familien mit Kindern leiden unter den hohen Preisen am Wohnungsmarkt. Vergrößert sich ihre Familie durch ein oder mehrere Kinder, erhöht sich der durch hohe Wohnungspreise bedingte finanzielle Druck auf diese Familien enorm.

Familien ohne zentrale Beratungsstelle. Familien finden weder beim Familienministerium noch bei der Kindergeldkasse eine zentrale Informations- und Beratungsstelle für die Fragen, die sie sich rund um Betreuung und finanzielle Zulagen stellen.

Unser Konzept

Ab 2014 gratis Betreuungsplätze. Anstatt ein kompliziertes und ungerechtes System wie die "chèques services" fortzuführen, wird die DP die Preise in den öffentlichen Betreuungseinrichtungen in den kommenden fünf Jahren Jahr für Jahr um jeweils 20 % senken. Ab 2014 wird die Kinderbetreuung für alle Familien gratis sein. Die DP will das Prinzip der Chancengerechtigkeit zwischen Mann und Frau bzw. der Chancengerechtigkeit der Kinder innerhalb der öffentlichen Schule durch diese Maßnahme gewährleisten.

Finanzierung des Ausbaus der Betreuungsplätze

Wie wird der Ausbau der Betreuungsplätze bzw. die Senkung der Preise gegenfinanziert?

Eine Studie mit dem Titel „La crèche est rentable, c'est son absence qui coûte“, die von Lynn Mackenzie im Auftrag der „Conférence latine des déléguées à l'égalité“ (CH) erstellt wurde, hat gezeigt, dass jeder Euro der in die Investition von Kinderbetreuung investiert wird auf der Gegenseite drei Euro für die Allgemeinheit einspielt (Mehr Frauen, die arbeiten und Steuern zahlen,...). Kinderbetreuung finanziert sich quasi selbst.

Bis 2014 wird es mit der DP Kinderbetreuung in allen Gemeinden des Landes geben. Die DP wird zusammen mit den Gemeinden ein auf fünf Jahre angelegtes Investitionsprogramm realisieren. 2014 wird es in allen Gemeinden Betreuungsplätze für Kleinkinder und schulpflichtige Kinder geben. Die DP wird die bestehenden Betreuungskonzepte ("maisons-relais", "foyers du jour", ...) bilanzieren und ggf. reformieren. Außerdem werden wir Ganztagschulmodelle fördern, ohne sie zu verallgemeinern.

Neue, flexible und attraktive Betreuungsangebote schaffen. Wir werden zusammen mit den Gemeinden die bestehenden Betreuungsangebote bzw. die Betreuungsqualität (Öffnungszeiten, Betreuungsinhalt, Pädagogik, ...) unabhängig, wissenschaftlich und regelmäßig überprüfen und an die Bedürfnisse der Kinder und Eltern anpassen.

Betreuungsangebote bei Unternehmen schaffen. Wir werden dort, wo eine hohe Nachfrage besteht, die Unternehmen sensibilisieren und ggf. finanziell unterstützen, um Kindertagesstätten nach Bedarf entweder im Unternehmen oder im Verbund mit mehreren Unternehmen einzurichten.

Tagesmüttergesetz vereinfachen. Wir werden den Beruf der Tagesmütter fördern. Das bestehende Tagesmüttergesetz erstickt aufgrund zu komplizierter Regelungen jede Dynamik in diesem Bereich. Die DP wird dieses Gesetz bilanzieren und reformieren.

Individualisierung des Steuersystems. Das bestehende Steuersystem fördert die Eheschließung. Sogar 40.000 Paare, die keine Kinder (mehr) zur Last haben, werden über diesen Weg steuerlich begünstigt. Paare, die nicht in einer Ehe zusammenleben, werden hingegen steuerlich diskriminiert. Die DP wird das Steuersystem deshalb individualisieren. Das heißt Männer und Frauen, ob sie in einer Ehe zusammenleben oder nicht, werden gleich besteuert. Diese Reform wird gekoppelt an eine Steuersenkung.

Wohngeld bringt Familien mit Kindern mehr als heute. Die DP wird das bestehende Kinder- und Wohnzulagensystem für zukünftige Eltern reformieren. Die DP führt ein Wohngeld ein, das Familien mit Kindern je nach Einkommen und Kinderzahl erhalten. Familien mit niedrigerem und mittlerem Einkommen werden netto deutlich mehr gefördert als bisher.

Wohngeld: Wie funktioniert das konkret?

In Zukunft wird für jedes Kind gleiches Kindergeld gezahlt werden. Die bestehende Staffelung des Kindergeldes je nach Zahl der Kinder wird abgeschafft.

Die Kinderförderung wird erhöht für Familien mit niedrigerem oder mittlerem Einkommen. Dabei wird das Kindergeld abgesenkt und im selben Schritt wird der fehlende Teil durch ein sozial gestaffeltes Wohngeld ersetzt, das auf den bestehenden Fördermaßnahmen des „Ministère du Logement“ aufbaut: Wir werden die Kriterien dieser Fördermaßnahmen überarbeiten und den Empfängerkreis erheblich ausweiten.

Wohngeld: Ein Rechenbeispiel

Heute erhält eine Familie mit zwei Kindern unter 6 Jahren 440,72 EUR Kindergeld monatlich. Dazu erhält sie, falls sie einen Kredit für ein Eigenheim abbezahlt, eine Zinsbonifikation in Höhe von rund 210 EUR monatlich. Diese Familie erhält demnach eine staatliche Förderung (Kindergeld + Zinsbonifikation) in Höhe von 651 EUR monatlich.

Die DP will den Export von Kindergeld ins Ausland deutlich absenken. Nach europäischem Recht muss Kindergeld exportiert werden. Deshalb will die DP das Kindergeld absenken und die wohnungspolitische Förderung erhöhen.

Eine Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von beispielsweise 3.500 EUR pro Monat würde 2 x 100 EUR = 200 EUR Kindergeld erhalten + 2 x 350 EUR = 700 EUR Wohngeld. Diese Familie würde demnach eine Förderung von 900 EUR pro Monat erhalten, anstatt wie bisher nur 651 EUR. Gewinn: 249 EUR pro Monat.

Eine Familie mit zwei Kindern mit einem Einkommen von beispielsweise 10.000 EUR pro Monat würde allerdings nur 2 x 100 EUR = 200 EUR Kindergeld erhalten. Sie hätte ob ihres hohen Einkommens kein Anrecht auf Wohngeld. Allerdings würde sie auf der anderen Seite von gratis Betreuungsleistungen für ihre Kinder profitieren (siehe weiter unten).

Dieses neue Fördermodell wird gegenfinanziert durch die Verringerung des Exports von Geldern ins nahe Grenzgebiet.

Durch diesen Systemwechsel wird der Export von Familienzulagen ins Ausland gebremst (über 1 Milliarde EUR an Familienzulagen wurden allein in den vergangenen fünf Jahren ins nahe Ausland überwiesen. Tendenz steigend). Die DP ist der Meinung, dass Familienzulagen sich an den realen Lebenshaltungskosten orientieren sollen. Diese sind nachweislich in Luxemburg höher als im Ausland. Familien müssen in Luxemburg bei einem geschätzten Durchschnittspreis/m² von 3.700 EUR 55.500 EURO mehr finanzieren, wenn sie ein zusätzliches Zimmer von 15m² für ihr Kind brauchen. In Lothringen würde dasselbe Zimmer bei einem Durchschnittspreis/m² von 2.200 EUR lediglich 33.000 EURO kosten. Dies macht bei einem geschätzten Zinssatz von 5% und einer Kreditlaufzeit von 25 Jahren eine Mehrbelastung von 1.589 EURO im Jahr bzw. 132,5 EURO im Monat aus für eine Familie, die in Luxemburg lebt im Vergleich zu derselben Familie, die in Frankreich lebt.

Dadurch, dass der Export ins nahe Ausland abgebremst wird, bleibt mehr Geld für eine aktive Familienpolitik in Luxemburg übrig. Neben der Einführung des oben genannten Wohngelds für in Luxemburg lebende Familien mit Kindern wird die DP die Preise in öffentlichen Betreuungseinrichtungen bis 2014 auf null senken.

Elternurlaub reformieren und attraktiver gestalten a) für Familien mit mittlerem und höherem Einkommen und b) für Väter. Wir werden den Elternurlaub so reformieren, dass er für Familien mit mittlerem und höherem Einkommen finanziell attraktiver wird, einen Karriereknick verhindert und eine aktive Vaterschaft unterstützt. Deshalb werden wir die Möglichkeit eines

kürzeren Elternurlaubs bei höherem monatlichem Ersatzlohn bzw. die Möglichkeit, den zweiten Elternurlaub zeitlich aufzuteilen, anbieten.

Reform des Elternurlaubs

Eltern werden nach wie vor den Elternurlaub in seiner bestehenden Form beantragen können. (1778,31 EUR während sechs Monaten ganztags oder 889,16 EUR während zwölf Monaten halbtags)

Neu wird sein, dass Eltern zudem die Möglichkeit erhalten, einen kürzeren Elternurlaub von nur drei Monaten (ganztags) bzw. sechs Monaten halbtags zu beantragen. Der monatliche Ersatzlohn orientiert sich dabei am Lohn des Antragstellers. Die maximale finanzielle Unterstützung darf den Betrag von 3556,62 EUR pro Monat nicht übersteigen.

Wir werden für den zweiten Elternurlaub den Arbeitnehmern die Möglichkeit anbieten, den Elternurlaub im Einvernehmen mit ihrem Arbeitgeber während einer gewissen Zeit zu fragmentieren, d.h. zeitlich aufzuteilen. Vor allem Männer können dann besser durch eine Arbeitszeitverringerung (pro Woche, Monat oder Jahr) eine aktive Vaterschaft ausleben.

Wir werden ein „Familiencenter“ schaffen, als zentrale Beratungsstelle für Familien. Die DP wird den Familien zentral Informationen über die vielen Finanzierungs-, Vermittlungs-, Betreuungs- und Beratungsangebote (Kindergeldkasse, Vermittlung von Kinderbetreuungsstrukturen, Tagesmütter, Familienberatung, Familientherapie, Schwangerschaftsbegleitung, Erziehungsberatung, ...), in einem "Familiencenter" anbieten bzw. sie an die entsprechenden Trägergesellschaften weitervermitteln.

Kaufkraft

Unsere Politik stärkt die Kaufkraft der Mittelschichten und der jungen Haushalte.

Das Problem

Rückgang der Kaufkraft und Angst vor sozialem Abstieg. Die Bürger haben in den vergangenen Jahren einen stetigen Rückgang ihrer Kaufkraft hinnehmen müssen. Besonders die Mittelschichten mussten finanzielle Opfer bringen trotz hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten. Sie mussten höhere Belastungen durch den Staat zusätzlich zu den hohen Heiz- und Wohnungskosten sowie Kreditzinsen schultern.

Die Heizkosten sind von August 2004 bis November 2008 um 80% gestiegen. Die Heizkosten (Gas) sind in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Der vom STATEC ermittelte Preisindex für Gas stieg zwischen August 2004 und November 2008 um rund 80%. Der Index für Heizöl (Mazout) stieg im selben Zeitraum um fast 55%.

Die Preise für Strom und Grundnahrungsmittel sind um 21 bzw. 15% gestiegen. Zwischen August 2004 und November 2008 sind die Preisindexe für Strom um 21% und für Grundnahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse,...) um fast 15% gestiegen.

Die Kinderbetreuungspreise stiegen um rund 23% Prozent. Die Politik des Familienministeriums hat dazu geführt, dass die Referenzpreise für die so genannten Maisons-relais um 23% gestiegen sind. Der Preisindex für Kinderbetreuung ist zwischen August 2004 und November 2008 im Schnitt um 15% gestiegen.

Chèques Services

Sind die geplanten „Chèques services“ eine Lösung für die Probleme bei der Kinderbetreuung? Die so genannten „chèques services“ gehen an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Sie bedingen einerseits einen sehr hohen und teureren administrativen Aufwand. Andererseits können sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor tausende Betreuungsplätzen fehlen, so dass das Recht auf Kinderbetreuung nicht wirklich wahrgenommen werden kann.

Die Zinsen auf Immobilienkrediten sind zeitweilig um 60% Prozent gestiegen. Die Zinsen auf Immobilienkrediten sind seit 2004 bis zu 60% gestiegen und fallen erst seit einigen Monaten vor dem Hintergrund der Finanzkrise. Die Kreditdauer, die Kredithöhe und leider auch der Überschuldungsgrad haben zugenommen. Mittlerweile geben die Haushalte im Schnitt 40% ihres Einkommens für Wohnzwecke aus.

Mehr als 2000 zusätzliche Menschen auf Arbeitssuche. Trotz hohem Wirtschaftswachstum stieg die Zahl der Arbeitssuchenden zwischen August 2004 und November 2008 um mehr als 2000 zusätzliche Menschen an. Damit stieg die Zahl der Arbeitssuchenden um über 25%. Tendenz steigend.

Steuerlast deutlich gestiegen. Die Steuerlast der Bürger ist in den vergangenen Jahren gestiegen, trotz hohem Wirtschaftswachstum. Die Steuertabelle wurde mit einigen Jahren Verspätung an die Inflation angepasst. Die Steuerabschläge wurden nicht inflationsbereinigt. Die neue Autosteuer belastet die Bürger, ohne der Umwelt zu dienen. Eine am CO₂-Ausstoss orientierte Autosteuer wurde eingeführt. Eine auf dem Treibstoff erhobene CO₂ Steuer wurde eingeführt.

Der Index wurde auf Kosten der Bürger moduliert. Um den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, wurde der Index moduliert. Trotz steigender Haushaltseinnahmen und hohen Überschüssen, gelang es der Regierung nicht, den Haushalt strukturell in den Griff zu bekommen. Die strukturellen Probleme in der Haushaltsführung von 2006 sind bis heute nicht gelöst worden (z.B. Export von Kindergeld ins Ausland). Die Indexmodulierungen riskieren wiederholt werden zu müssen.

Umverteilungspolitik an den Bedürfnissen der Mittelschichten vorbei. Durch die Tripartite-Beschlüsse vom 28. April 2006 hat der Staat allen Bürgern tief in die Tasche gegriffen, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Die strukturellen Schwächen des Haushalts wurden jedoch trotz hohen Überschüssen nicht beseitigt. Die Umverteilungspolitik der Regierung (Einführung des Kinderbonus, die Umwandlung von Steuerfreibeträgen in Steuerkredite, die Erhöhung von Heizzulagen), die erst durch die Tripartite-Sparmaßnahmen möglich wurde, ging total an den Mittelschichten vorbei.

Die Zahl derjenigen, die unter dem Armutsrisiko leben ist seit 2003 kontinuierlich gestiegen. Rund 14% der in Luxemburg lebenden Haushalte werden nunmehr als arm angesehen. Im Jahr 2003 waren es rund 11%. 2007 haben 17% mehr Haushalte eine Heizzulage beantragt als im Jahr zuvor.

Unser Konzept

Steuern senken. Wir werden die schleichenden Steuererhöhungen stoppen, indem wir die Steuertabelle und die Freibeträge bzw. Steuerkredite regelmäßig an die Inflation anpassen. Der Staat soll nicht auf Kosten der Bürger an der Inflation verdienen. Die regelmäßige Anpassung des Steuertarifs sowie der Freibeträge an die Inflation wird automatisch erfolgen. Das Parlament wird anders als bisher ein Gesetz verabschieden müssen, wenn die Regierung den Tarif nicht an die Inflation anpassen will.

Das Steuersystem zugunsten von mittleren Einkommen reformieren. Wir werden die Steuerlast in den mittleren Einkommensbereichen senken und deren Kaufkraft nachhaltig stärken.

Steuerkredit zur Abschreibung von Kreditzinsen für junge Haushalte verdreifachen. Gerade junge Haushalte benötigen in den ersten Jahren mehr finanziellen Spielraum, weil sie in der Regel weniger Einkommen zur Verfügung haben und mehr finanzielle Belastungen (Wohnung, Möbelkauf, Kinderbetreuung,...) zu schultern haben. Wir werden deshalb den Steuerkredit zur Abschreibung von Kreditzinsen in den ersten zehn Jahren der Kreditlaufzeit verdreifachen und anschließend degressiv staffeln. Zudem werden wir die Höhe des Steuerkredits auf Schuldzinsen regelmäßig an die Inflation anpassen.

Index als Sozialinstrument erhalten. Die DP wird das Indexsystem erhalten. Da der Indexmechanismus ein Sozialinstrument ist, werden wir ihn allerdings nicht losgelöst von der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Arbeitsmarkt einsetzen. Arbeitsplätze dürfen nicht durch eine falsch verstandene Sozialpolitik gefährdet werden.

Index

Sollte nachgewiesen werden, dass die Lohnentwicklung die Konkurrenzfähigkeit der luxemburgischen Wirtschaft zu sehr beeinträchtigt bzw. dass zu viele Arbeitsplätze in Gefahr geraten, werden wir eine Indextranche verschieben oder im schlimmsten Fall ausfallen lassen. Diese Entscheidung muss mit den Sozialpartnern im Rahmen einer „Tripartiterunde“ diskutiert und getroffen werden.

Auf Dauer wollen wir die Indexdiskussion beenden. Deshalb ist die DP mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Luxemburg und den Erhalt von Arbeitsplätzen bereit, zusammen mit den Sozialpartnern über Mechanismen nachzudenken, die das automatische Anfallen einer Indextranche nicht ausschließlich an die Inflation zu knüpfen, sondern Faktoren wie z.B. die Entwicklung der Produktivitätsraten bzw. der Lohnkostenentwicklung zu berücksichtigen.

Die DP möchte aber auch auf die besondere Verantwortung der Sozialpartner hinweisen, was die Entwicklung der Lohnkosten angeht. Diese muss sich ebenfalls an der wirtschaftlichen Lage, der internationalen Konkurrenz und der Entwicklung der Produktivität in den einzelnen Sektoren orientieren.

Wohngeld bringt Familien mit Kindern und einem niedrigen oder mittlerem Einkommen mehr als heute. Die DP wird das bestehende Kinder- und Wohnzulagensystem für zukünftige Eltern reformieren (siehe Kapitel "Familie"). Weil die Lebenshaltungskosten im nahen Ausland deutlich niedriger sind als in Luxemburg (vgl. Wohnungspreise), fördert das bestehende Kindergeldsystem Familien, die im Ausland leben stärker. Wir wollen den hohen Lebenshaltungskosten in Luxemburg durch diese Reform besser Rechnung tragen und den Export von Geldleistungen ins Ausland deutlich abbremsen.

Wohngeld: Wie funktioniert das konkret?

In Zukunft wird für jedes Kind gleiches Kindergeld gezahlt werden. Die bestehende Staffelung des Kindergeldes je nach Zahl der Kinder wird abgeschafft.

Die Kinderförderung wird erhöht für Familien mit niedrigerem oder mittlerem Einkommen. Dabei wird das Kindergeld abgesenkt und im selben Schritt wird der fehlende Teil durch ein sozial gestaffeltes Wohngeld ersetzt, das auf den bestehenden Fördermaßnahmen des „Ministère du Logement“ aufbaut: Wir werden die Kriterien dieser Fördermaßnahmen überarbeiten und den Empfängerkreis erheblich ausweiten.

Wohngeld: Ein Rechenbeispiel

Heute erhält eine Familie mit zwei Kindern unter 6 Jahren 440,72 EUR Kindergeld monatlich. Dazu erhält sie, falls sie einen Kredit für ein Eigenheim abbezahlt, eine Zinsbonifikation in Höhe von rund 210 EUR monatlich. Diese Familie erhält demnach eine staatliche Förderung (Kindergeld + Zinsbonifikation) in Höhe von 651 EUR monatlich.

Die DP will den Export von Kindergeld ins Ausland deutlich absenken. Nach europäischem Recht muss Kindergeld exportiert werden. Deshalb will die DP das Kindergeld absenken und die wohnungspolitische Förderung erhöhen.

Eine Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von beispielsweise 3.500 EUR pro Monat würde 2 x 100 EUR = 200 EUR Kindergeld erhalten + 2 x 350 EUR = 700 EUR Wohngeld. Diese Familie würde demnach eine Förderung von 900 EUR pro Monat erhalten, anstatt wie bisher nur 651 EUR. Gewinn: 249 EUR pro Monat.

Eine Familie mit zwei Kindern mit einem Einkommen von beispielsweise 10.000 EUR pro Monat würde allerdings nur 2 x 100 EUR = 200 EUR Kindergeld erhalten. Sie hätte ob ihres hohen Einkommens kein Anrecht auf Wohngeld. Allerdings würde sie auf der anderen Seite von gratis Betreuungsleistungen für ihre Kinder profitieren (siehe weiter unten).

Dieses neue Fördermodell wird gegenfinanziert durch die Verringerung des Exports von Geldern ins nahe Grenzgebiet.

Durch diesen Systemwechsel wird der Export von Familienzulagen ins Ausland gebremst (über 1 Milliarde EUR an Familienzulagen wurden allein in den vergangenen fünf Jahren ins nahe Ausland überwiesen. Tendenz steigend). Die DP ist der Meinung, dass Familienzulagen sich an den realen Lebenshaltungskosten orientieren sollen. Diese sind nachweislich in Luxemburg höher als im Ausland. Familien müssen in Luxemburg bei einem geschätzten Durchschnittspreis/m² von 3.700 EUR 55.500 EURO mehr finanzieren, wenn sie ein zusätzliches Zimmer von 15m² für ihr Kind brauchen. In Lothringen würde dasselbe Zimmer bei einem Durchschnittspreis/m² von 2.200 EUR lediglich 33.000 EURO kosten. Dies macht bei einem geschätzten Zinssatz von 5% und einer Kreditlaufzeit von 25 Jahren eine Mehrbelastung von 1.589 EURO im Jahr bzw. 132,5 EURO im Monat aus für eine Familie, die in Luxemburg lebt im Vergleich zu derselben Familie, die in Frankreich lebt.

Dadurch, dass der Export ins nahe Ausland abgebremst wird, bleibt mehr Geld für eine aktive Familienpolitik in Luxemburg übrig. Neben der Einführung des oben genannten Wohngelds für in Luxemburg lebende Familien mit Kindern wird die DP die Preise in öffentlichen Betreuungseinrichtungen bis 2014 auf null senken.

Ab 2014 werden Betreuungsplätze gratis sein. Anstatt ein kompliziertes und ungerechtes System wie die „chèques

services“ fortzuführen, wird die DP die Preise in den öffentlichen Betreuungseinrichtungen in den kommenden fünf Jahren Jahr für Jahr um jeweils 20 % senken. Gleichzeitig wird die DP flächendeckend in allen Gemeinden des Landes bis 2014 die nötigen Betreuungsplätze schaffen. Dies wird die im Rahmen des Konzeptes der öffentlichen Schule angestrebte Chancengerechtigkeit wieder herstellen. Zudem wird ein zusätzlicher Anreiz besonders für Frauen geschaffen, berufstätig zu werden bzw. zu bleiben.

Heizen soll billiger werden. Die DP wird in den kommenden fünf Jahren Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Weg aus der Ölpreisfalle mittels eines ambitionierten öffentlichen Investitionsprogramms ebnen. (siehe Kapitel "Wohnen") Sie werden in den kommenden Jahren im Schnitt jährlich bis zu 1.000 Euro an Heizkosten sparen.

Senioren

Mit unserer Politik werden Sie Ihr Alter genießen können.

Das Problem

Es gibt keine Politik für junge Senioren. Altersarmut, Vereinsamung, Pflegebedürftigkeit und Abhängigkeit sind die größten Ängste, die Menschen vor dem Altern verspüren. Diesen Ängsten begegnet die derzeitige Politik nur in beschränktem Maß. Seniorenpolitik begrenzt sich mehr oder weniger auf das Einrichten von staatlichen Alters- und Pflegeheimen und richtet sich demnach eher an das vierte Lebensalter.

Mehr als 200 Senioren sind heute noch in ausländischen Altersheimen untergebracht. In den Heimen bestehen Wartezeiten von sechs bis zwölf Monaten. Eine zentrale Beratungsstelle für Angehörige über das Angebot und die Kosten besteht nicht. Der aktuelle Bedarf an pflegerischer Betreuung ist nicht ermittelt und wir sind kaum auf den zukünftigen Bedarf für geriatrische Pflege eingestellt.

Das dritte Alter will Leben genießen, aber die bestehende Politik geht an ihren Sorgen vorbei. Senioren sind zu Recht anspruchsvoll und selbstbewusst, sie haben eine bessere Bildung, vielfältigere Informations- und Kommunikationsmittel, bessere finanzielle Absicherung und vor allem bei den Frauen eine höhere Alltagskompetenz. Die Pluralisierung der Lebensstile erfordert entsprechende Antworten, sowohl im Wohnungsbau als auch bei den Siedlungs- und Quartierkonzepten und erst recht bei den Dienstleistungen.

Die Erfahrung und Kompetenzen des dritten Alters werden nicht genutzt. Ältere Mitbürger fühlen sich oftmals nutzlos nach dem Übergang vom aktiven Leben ins Rentenalter. Dabei haben gerade ältere Mitbürger im Lauf ihres Lebens sehr viele Kompetenzen angesammelt, die unsere Gesellschaft bereichern können. Die Politik hat es allerdings bisher versäumt die Nutzung dieser Kompetenzen zu fördern.

Die Qualität der Pflege- und Gesundheitsversorgung ist verbesserungsfähig. Im internationalen Qualitätsvergleich schneidet das Luxemburger Gesundheitssystem, das zu den teuersten, aber auch großzügigsten der Welt gehört, nur mittelmäßig ab. Zudem besteht ein Mangel an Einzelbettzimmern in den Krankenhäusern, dies obwohl viele Menschen gerade hierfür eine Zusatzversicherung zahlen.

Familien haben keine zentrale Anlaufstelle, wenn sie Hilfe brauchen. Viele Familien leisten einen sehr wichtigen Beitrag bei der Pflege älterer Familienmitglieder. Auf diesen Familien lastet ein sehr hoher Druck. Neben der Betreuung der Kinder, der Bewältigung des Familienalltags stellt die Betreuung und Pflege älterer Mitmenschen einen sehr hohen Kraftaufwand für diese Familien dar. Es fehlt vielen Familien eine Anlaufstelle, die eine pragmatische Hilfe und Beratung anbietet.

Renten sind heute sicher, jedoch nicht auf ewige Zeit. Je nach Wirtschaftswachstum müssen wir die Renten ab 2024/2028 mit Hilfe der Rentenreserven gegenfinanzieren. Bis 2034 bzw. 2041 werden die Rentenreserven erschöpft sein. Derzeit werden mit den Beiträgen von vier Aktiven die Rente eines Rentners finanziert wird, in 50 Jahren werden anderthalb Aktive die Rente eines Rentners finanzieren müssen.

Unser Konzept

Erfahrungen von Senioren in den Dienst der Allgemeinheit setzen. Wir werden die Erfahrung von Senioren konkret nutzen, indem wir ihnen die Möglichkeit bieten, ihre Kompetenzen systematisch, z.B. bei der Entwicklungshilfe und im Benevolat (Sport, Kultur, (Weiter-) Bildung, Betreuung,...) einzusetzen. Wir werden hierfür die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

Alternatives, flexibles und altersgerechtes Wohnen in der Heimatgemeinde. Wir werden zusammen mit den Gemeinden integrative Angebote für Senioren schaffen, die das generationenübergreifende Zusammenleben ermöglichen. Wir werden alternative Wohnformen wie Seniorenwohngemeinschaften oder betreute Wohnstrukturen schaffen und fördern. Bei größeren Siedlungsprojekten wird die DP diese alternativen Wohnformen für ältere Mitbürger mit einplanen. Zudem werden wir dafür sorgen, dass optimale soziale und medizinische Dienste in der unmittelbaren Nachbarschaft zur Verfügung stehen.

Wahlmöglichkeit der Wohnformen

Freiheit im Alter heißt auch, eine größere Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Wohnformen zu haben. Heute haben die Menschen zumeist die Wahl zwischen zu Hause bleiben oder Altersheim. Für viele Menschen ist die Vorstellung in ein Alters- oder Pflegeheim zu gehen jedoch mit Ängsten verbunden. Ältere Senioren nehmen daran vor allem die bedrohliche Seite des Verlusts wahr: Verloren gehen Autonomie, der Kontakt mit der vertrauten Lebens- und Wohnumgebung und Lebensfreude.

Betreutes Wohnen zu Hause, um das dritte Alter individuell gestalten zu können. Um zu verhindern, dass alte Menschen aus ihrem gewohnten Umfeld gerissen werden, obwohl sie sich zuhause auch noch versorgen könnten, wird die DP das Angebot für betreutes Wohnen zu Hause ausbauen. Je nach individuellen Wünschen sollen von kleinen Besorgungen bis hin zur umfassenden sozialen und medizinischen Betreuung alle Dienstleistungen angeboten werden.

Ein attraktives Qualitätsangebot in Alters- und Pflegestrukturen. Wir werden die Angebote in Alters- und Pflegeheimen attraktiver gestalten. Wir werden Wert auf sportliche, kulturelle und therapeutische Aktivitäten legen, die geistig und körperlich fit halten und die Zufriedenheit und Lebensqualität der Senioren verbessern. Zudem werden wir ein echtes fachliches

Qualitätsmanagement in Bezug auf die angebotene Pflege gewährleisten.

Zentrale Beratungsstelle für Senioren und Angehörige. Die DP wird eine zentrale Beratungsstelle einrichten, die Senioren und Angehörige umfassend über die Versorgungsstrukturen und Leistungsangebote informieren, eine gezielte Wohnberatung über vorsorgende Wohnungsanpassungsmaßnahmen anbieten und für mehr Transparenz bei den Kosten sorgen wird.

Aufgaben der Zentralen Beratungsstelle

55 Prozent der Langzeitbewohner in den staatlichen, integrierten Altenheimen (Centres intégrés pour personnes âgées, CIPA) sind tatsächlich pflegebedürftig, in den reinen Pflegeheimen (maisons de soins) sind es 93 Prozent (InSight SantéSecu 2/2007). Da es an Akutbetten fehlt, weil Altenheime autonome Patienten aufnehmen, baut Luxemburg neue Häuser für Pflegebedürftige. Hier gilt es umzustrukturieren, erst den genauen Bedarf an Pflegebetten festzustellen und Alternativen anzubieten.

Die im Alter zunehmende Gebrechlichkeit und höhere Sturzgefahr führt oft zu häuslichen Unfällen und einem Unsicherheitsgefühl, die ein autonomes Leben gefährden. Vielfach geht es da um kleine Verbesserungen, die aber sehr entscheidend für eine selbständige Lebens- und Haushaltsführung werden können. Die von der DP eingerichtete zentrale Beratungsstelle wird auch eine gezielte Wohnberatung über vorsorgende Wohnungsanpassungsmaßnahmen anbieten und die erforderlichen Maßnahmen auch sozialgerecht finanzieren.

Bei Not sofortige und schnelle Hilfe: Notarztdienst und gemeinsamer Rettungsdienst. Die DP wird dafür sorgen, dass den Bürgern zu jedem Moment in jeder Region des Landes ein kompetentes Notarztdienstteam zur Verfügung steht. Daneben wird die DP den Freiwilligendienst reformieren. In Zukunft wird allen Bürgern ein gemeinsamer Rettungsdienst, bestehend aus allen Einheiten des Zivilschutzes und der freiwilligen Feuerwehr zur Verfügung stehen. Dabei werden wir die Arbeit der Freiwilligen professionell unterstützen und ihre Arbeitsbedingungen verbessern.

Moderne Krankenhäuser in allen Regionen des Landes. Die DP wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass allen Bürgern Krankenhäuser in ihrer Region zur Verfügung stehen. Die Fusionen und Kooperationen, die die DP in der Vergangenheit maßgeblich durch den so genannten Spitalplan gefördert hat, haben zu mehr Qualität im Krankenhauswesen geführt. Dieser Prozess der konsequenten Modernisierung und auch Kompetenzaufteilung in den Regionen wird weiterhin von der DP begleitet und unterstützt werden.

Spezialisierung von Krankenhäusern fördern, heißt bessere Resultate für die Patienten garantieren. Nicht jedes Krankenhaus kann alle möglichen Operationen und Therapien anbieten. Wir werden in den verschiedenen Krankenhäusern weiter die Bildung von regelrechten Kompetenzzentren bzw. Spezialistenteams fördern. Spezialisierte Operationen und Therapien werden bessere Resultate für die Patienten bringen. Unsere Krankenhäuser und die medizinischen Angebote werden hiermit zudem der Konkurrenzsituation mit der Großregion gewachsen bleiben.

Mehr Einzelbettzimmer Die DP wird die Qualität der Beherbergung der Patienten in den Krankenhäusern verbessern. Viele Patienten haben durch eine Zusatzversicherung Recht auf ein Einzelbettzimmer. Allerdings können die Krankenhäuser diesem Wunsch sehr oft nicht nachkommen. Die DP wird bei der Modernisierung und beim Ausbau der Spitallandschaft die Zahl der Einzelbettzimmer vergrößern.

Lokales und regionales Apothekennetz und Medikamente auf Rädern. Die DP wird das Apothekennetz lokal und regional ausbauen wo notwendig. In den ländlichen Regionen wird die DP den älteren Mitbürgern über das Konzept "Medikamente auf Rädern" entgegenkommen: Medikamente können von zu Hause aus bestellt werden und frei Haus den Menschen nach Hause geliefert werden.

Heute sichere Renten für alle Bürger. Die DP wird am bestehenden Rentensystem festhalten. Mit der DP wurde die Altersarmut in der Vergangenheit konsequent bekämpft. Die DP steht auch weiterhin zu diesem Engagement. Die DP wird die Renten in Zukunft weiterhin gemäß den bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen regelmäßig anpassen. Um die Zukunft der Renten abzusichern, wird die DP einen "Rententisch 2" einsetzen.

Mit unserer Politik werden Sie sich sicherer fühlen.

Das Problem

Die Zahl der Gesetzesverstöße ist in den vergangenen Jahren gestiegen von 25.321 im Jahr 2005 auf 28.252 im Jahr 2007. Vor allem Einbrüche, Autodiebstähle und Diebstähle mit Gewaltanwendung haben zugenommen. In einer EU-weiten Umfrage von 2005 hielten 34% der Luxemburger es für wahrscheinlich, dass innerhalb des nächsten Jahres bei ihnen eingebrochen wird. 36% der Luxemburger gaben an, dass sie sich nachts auf der Straße unsicher fühlen. Aus der Perspektive der Befragten gehört Luxemburg damit zu den drei "unsichersten" Ländern Europas.

Der direkte Kontakt mit der Polizei ist nicht immer glücklich. Obwohl Studien zeigen, dass die Bürger generell mit der Arbeit der Polizei zufrieden sind, macht sich dennoch zeitweiliger Missmut breit, weil die Bürger das Gefühl haben, die Polizei würde nicht genügend Zeit für ihre Anliegen aufbringen, gerade dann wenn sie sie brauchen. Die Unterbesetzung der Kommissariate, die unregelmäßigen Öffnungszeiten, lange Wartezeiten aber teilweise auch die Umgangsformen einzelner Polizeibeamter mit den Bürgern führen dazu, dass die Bürger manchmal im direkten Kontakt mit der Polizei Probleme haben.

Die Polizei ist überlastet mit administrativen Aufgaben. Die personellen Mittel der Polizei wurden in den letzten sechs Jahren um 20% aufgestockt. Weitere 500 Polizisten sollen bis 2015 eingestellt werden. Damit hätte Luxemburg den höchsten Prozentsatz an Polizisten in der gesamten EU. Doch weniger als die Hälfte dieser zusätzlichen Polizeikräfte wurde den regionalen Einsatzzentren und Kommissariaten zugesprochen. Der Staatsrat bemängelt ein planloses Vorgehen der Regierung in Sachen Personalpolitik bei der Polizei. Eine tiefgründige Analyse der Bedürfnisse und der Funktionsweisen der Kommissariate und regionalen Einsatzzentren ist nicht gemacht worden. Dabei beklagen die Polizisten selbst seit Jahren über zuviel administrative Arbeit und zu wenig Präsenz vor Ort.

"Drogen sind ein großes Problem in Luxemburg". Zu diesem Resultat kommt die gleiche Umfrage. 14% der Befragten gaben an, bereits mit Zwischenfällen konfrontiert worden zu sein, die mit Drogen zu tun hatten. Damit liegt Luxemburg im europäischen Spitzenfeld. Ein großer Anteil der Einbrüche und Überfälle in Luxemburg stehen im Zusammenhang mit der Beschaffungskriminalität.

Die Rückfallquote bei Straftätern in Luxemburg ist hoch. Bisher wurde sich zu sehr darauf beschränkt, Häftlinge wegzusperren, ohne an die Zeit nach der Haft zu denken. Resozialisierungsarbeit findet bei den Häftlingen im Schrassiger Gefängnis kaum bis gar nicht statt. Ein psychosozialer Mitarbeiter muss sich um die Resozialisierung von 90 Häftlingen kümmern. Internationaler Standard wäre ein Mitarbeiter auf 25 Häftlinge. Die Konsequenz ist, dass ein Großteil der Häftlinge nach ihrer Haftentlassung wieder straffällig wird.

Die Zwischenfälle im Gefängnis haben zugenommen. Während das Gefängnis in Schrassig für 550 Häftlinge gebaut wurde, fanden sich im Jahr 2008 bis zu 720 Häftlinge dort wieder. Das Gefängnis ist seit Jahren hoffnungslos überfüllt. Seit 2003 sind jedes Jahr rund 100 Häftlinge hinzugekommen. Die Konsequenz ist eine Zunahme an Zwischenfällen in und um das Gefängnis herum. Die Zahl der Gewaltausbrüche hat stark zugenommen und das Drogen-Problem ist nach wie vor nicht unter Kontrolle. Der Bau eines zweiten Gefängnisses in Sassenheim ist zwar in Planung. Bis zu seiner Fertigstellung werden noch viele Jahre vergehen.

Unser Konzept

Zusätzliche Patrouillen in den Wohnvierteln und Stadtzentren, um Einbrüchen und Überfällen vorzubeugen. Um die Einbruchszahlen zu verringern wird die DP die Polizeipatrouillen in den am meisten betroffenen Wohngebieten und Stadtzentren verstärken, dies vor allem in den Abend und Nachtstunden.

Mehr Personal für die Polizei.

Gemeinsam mit der Polizei und den Gemeinden werden wir eine Bedarfsanalyse erstellen, um genau festzulegen, wieviel Personal die Kommissariate und regionalen Einsatzzentren brauchen um die Sicherheit ihrer Bürger garantieren zu können. Die Aufstockung des Personalbestandes wird in einer ersten Phase vor allem den regionalen Einsatzzentren und Kommissariaten zugute kommen.

Administrative Entlastung der Polizei.

Die DP wird in Zusammenarbeit mit der Polizei, die Prozeduren vereinfachen. Zusätzlich wird Zivilpersonal eingestellt werden, das verschiedene administrativen Aufgaben übernimmt. Dadurch wird die Präsenz der Polizei vor Ort verstärkt.

Reform der Generalinspektion der Polizei.

Die Kontrolle der Polizei muss unabhängig sein. Die Polizei geriet in den vergangenen Monaten durch eine Serie von Zwischenfällen in die Schlagzeilen. Die „Inspection Générale de la Police“ (IGP) konnte dabei nur bedingt ihrer Rolle als „Polizei der Polizei“ gerecht werden. Immer wieder kamen Zweifel an der Unabhängigkeit der IGP auf, die überwiegend aus Mitgliedern der Polizei besteht. Die Kontrolle der Polizei darf nicht ausschließlich Polizisten vorbehalten sein. Um mehr Transparenz bei den Ermittlungen der „Polizei der Polizei“ zu garantieren wird die DP die IGP reformieren. Um die Unabhängigkeit der IGP zu stärken, wird in Zukunft ein Magistrat an ihre Spitze bestellt.

Service und Kommunikation zwischen Bürgern, Polizei und Justiz deutlich verbessern. Die DP wird zusammen mit der Polizei die Kommunikation mit den Bürgern verbessern. Besonderer Wert wird dabei auf verbesserte Öffnungszeiten der

Kommissariate, geringere Wartezeiten, die Nutzung moderner Kommunikationsinstrumente (Internet, SMS,...), sowie den Umgang mit den Bürgern gelegt. Des Weiteren wird die DP den elektronischen Datenaustausch (z.B. Verschicken von Protokollen, Berichten,...) zwischen Justiz, Staatsanwaltschaft, Gerichten und Polizei ermöglichen (der heute ausschließlich über den Postweg erfolgt) und dadurch ungemein beschleunigen.

Regelmäßige Überarbeitung der lokalen Sicherheitspläne. Die DP wird die lokalen Sicherheitspläne regelmäßig zusammen mit der zuständigen Gemeindegemeinschaft, den Bürgern und den örtlichen sowie regionalen Polizeidienststellen überarbeiten und bestmöglich auf die Bedürfnisse der Bürger abstimmen.

Private und öffentliche Kameraüberwachung kontrollieren. Um generell die rasante Zunahme an Überwachungskameras und Datenbanken mit personenbezogenen Daten zu kontrollieren wird die DP die zuständige Datenschutzkommission personell und finanziell anpassen. Die Kommission soll in Zukunft stichprobenartig Kontrollen vornehmen können, um zu garantieren, dass der Schutz der Privatsphäre der Menschen nicht gefährdet wird. Die DP wird die Überwachung von öffentlichen Räumen per Kamera im Rahmen der bestehenden Pilotprojekte streng evaluieren lassen. Des Weiteren wird die DP in Zukunft keine europäischen oder internationalen Maßnahmen unterstützen, die dem Schutz der Privatsphäre zuwiderlaufen.

Bekämpfung der Beschaffungskriminalität. Wer die Beschaffungskriminalität bekämpfen will, muss die Abhängigkeit der Süchtigen von kriminellen Dealern bekämpfen. Dies ist nur möglich, durch eine legale Verabreichung des Suchtstoffes unter ärztlicher Aufsicht. Die DP verfolgt in diesem Bereich eine Politik der "Schadensbegrenzung". Dabei steht nicht die Bestrafung des Drogenkonsums im Vordergrund sondern die Begrenzung der Schäden für das Gemeinwesen. Zudem scheint es unabdingbar, zusätzliche Sozialarbeiter einzustellen, die durch so genanntes Streetworking den Kontakt mit Obdachlosen, Drogensüchtigen oder Prostituierten pflegen und diese durch gezielte Hilfsangebote unterstützen.

Investitionen in Resozialisierungsprogramme um Wiederholungstaten zu vermeiden. Schrassig muss Verbesserungs- statt Verwahrungsanstalt sein. Die Resozialisierung der Häftlinge muss im Gefängnis von Schrassig in den Vordergrund gerückt werden. Einfaches Wegsperrn der Strafgefangenen führt dazu, dass Straftäter rückfällig werden. Die DP wird massiv in Resozialisierungsprogramme während und nach der Gefangenschaft investieren.

Die DP wird in Resozialisierung investieren. Was tut die DP konkret?

Langes Wegsperrn hilft in den seltensten Fällen weder den Opfern noch der Allgemeinheit. Wissenschaftliche Studien belegen, dass nicht nur dem Täter die Wiedereingliederung in die Gesellschaft erschwert wird, sondern dass der strafrechtliche Freiheitsentzug nur ein bedingt nützliches Instrument der Kriminalitätsbekämpfung ist. Je nach Straftat gibt es weitaus bessere und effizientere Vorgehensweisen, die sowohl der Abschreckung wie auch der Wiedergutmachung dienen. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung wirken immer höhere Gefängnisstrafen nicht immer abschreckend, sondern im Gegenteil wecken bei dem Bestraften ein Gefühl der Verzweiflung und der Frustration: Er sieht für sich keine Chance der Resozialisierung. Somit sind die von den Strafgerichten immer länger festgesetzten Gefängnisstrafen eine eher kontraproduktive Maßnahme.

- Die DP wird die personellen Mittel für Gefängniswärter und für psychosoziale und medizinische Mitarbeiter im Bereich des Strafvollzugs verbessern.
- Im Rahmen von spezifischen Formationen und Weiterbildungsprogrammen, werden wir das Gefängnispersonal besser auf seine Aufgaben vorbereiten.
- Wir werden dafür sorgen, dass vermehrt auf alternative Formen des Strafvollzugs, wie etwa die elektronischen Fußfesseln, zurückgegriffen werden. Außerdem werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass mehr Strafen auf Bewährung mit spezifischen Auflagen bzw. bei kleineren Delikten mehr Verurteilungen zu gemeinnützigen Aufgaben gesprochen werden.
- Wir werden zusätzliche Mittel freimachen, damit je nach Straftäterkategorie eine bessere und spezifischere therapeutische Behandlung möglich wird.
- Um die Gefangenen auf die Zeit nach dem Gefängnis vorzubereiten, werden wir die Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die Arbeitsbedingungen im Gefängnis verbessern.
- Nach der Entlassung werden wir die Betreuung der ehemaligen Häftlinge verbessern und ihnen beim Zugang zu einer Wohnung und einer Arbeit aktiv zur Seite stehen.
- Zu diesem Zweck werden wir ehemaligen Häftlingen auch übergangsweise sozial betreute Wohnungen zur Verfügung stellen.

Differenzierter Strafvollzug heißt Gefängnisinfrastruktur verbessern. Die aktuell vor allem in Schrassig herrschende Raumnot erschwert eine aktive Resozialisierung erheblich. Die DP wird die Gefängnisinfrastrukturen in Zukunft derart umbauen, um einen differenzierten Vollzug zu ermöglichen: Schwerverbrecher müssen räumlich getrennt werden von Menschen, die eine kleine Strafe verbüßen müssen. Mit der DP wird es keine Minderjährige mehr in Schrassig geben, weil wir die hierfür vorgesehene Struktur in Dreiborn zügig schaffen werden. Daneben wird die DP ein Gefängnis für Untersuchungshäftlinge schaffen. Insgesamt werden wir die bestehenden Infrastrukturen in den kommenden fünf Jahren an moderne Strafvollzugstandards anpassen.

Unsere Politik wird Ihre Energiekosten senken.

Das Problem

Umweltpolitik wird zu sehr mit Panikmache und Hysterie betrieben. Katastrophenszenarien werden gezeichnet, ein schlechtes Gewissen gemacht. Falsche Verhaltensweisen, ja sogar die Lebensstile der Bürger werden gegeißelt. Es werden Utopien, komplizierte und zum Teil abgehobene Konzepte statt konkrete Lösungen verbreitet. Vorbilder gibt es kaum für die Menschen. Nicht einmal die öffentliche Hand lebt eine integrierte Umweltpolitik vor.

Zu viel Symbol- und Appellpolitik. Zu wenig effiziente Umweltpolitik. In den vergangenen Jahren wurde zu viel Symbol- und Appellpolitik betrieben. Gut gemeinte Initiativen scheitern an der Halbherzigkeit der Regierung bei der Umsetzung und Vermarktung (Beispiel Energiepass, Förderung erneuerbarer Energien). Die Menschen verspüren keine konkrete Hilfe, bei ihren tagtäglichen Problemen. Umweltprobleme sind für sie zu erheblichen Kostenproblemen geworden (Beispiel Erdölpreise). Es wurde versucht die Mobilitätsprobleme durch Appelle zugunsten des öffentlichen Transports zu beheben. Dabei hat die Regierung kaum konkrete Hilfe bzw. Handlungsalternativen angeboten. Dies führt dazu, dass die hohe Sensibilität der Menschen für das Thema Umwelt- und Klimaschutz zu Resistenzen, Ablehnung ja sogar Fatalismus führt.

Zu viele Gebote und Verbote. Zu wenig Beratung und Handlungsalternativen. In den vergangenen Jahren wurde das gesetzliche Arsenal der Umweltpolitik zu Recht auf- und ausgebaut. Aktiver Naturschutz, der Schutz der Biodiversität, der Wasserschutz usw. haben Eingang in unsere Gesetzgebung gefunden. Vergessen wurde dabei die Aufklärung und Beratung der Bürger und Unternehmen. Vergessen wurde auch eine Abstimmung der Prozeduren auf die realen Bedürfnisse der Bürger und Unternehmen. Umweltpolitik wurde zu oft zu einer Verhinderungspolitik.

Mobilitätspolitik : Viele Worte, wenig Taten. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wurde in den vergangenen Jahren kaum bzw. nur zaghaft vorangetrieben. Das Mobilitätsproblem hat sich in den vergangenen fünf Jahren verschärft. Die durchschnittliche Stundenzahl, die ein Bürger jährlich im Verkehrsstau verbringt, ist gestiegen. Tendenz steigend, so lange den Bürgern keine sinnvolle Alternativen angeboten werden.

Die Menschen sind hohen Ölpreisen hilflos ausgeliefert. Die Ölpreise sind in den vergangenen Jahren enorm angestiegen. Viele Familien haben Schwierigkeiten die hohen Heizkosten finanziell zu tragen. Die Heizkostenzulage wurde zwar erhöht. Jedoch sind die Menschen ohne Aussicht auf Besserung weiter in der Ölpreisfalle gefangen.

Ökosteuern ohne Lenkungscharakter statt Finanzierungskonzept für die Bürger. Umweltpolitik ist teuer. Sie wird besonders teuer, wenn der Staat seine CO₂-Ziele nicht erreicht und Strafzahlungen fällig werden. Die Antwort auf diese Herausforderung kann nicht in der Erhebung neuer Ökosteuern liegen. Sie belastet die Haushalte zusätzlich. Es fehlen heute Finanzierungskonzepte, die die Haushalte entlasten bzw. ihnen neue Finanzierungsspielräume gewähren. Stattdessen wurden Ökosteuern wie etwa die Autosteuer eingeführt, die keinen Lenkungscharakter besitzen, sprich dem Bürger in die Tasche greifen und der Umwelt nicht nutzen.

Umweltpolitik für viele Menschen einfach zu teuer. Die bestehenden Fördermodelle besonders im Bereich der erneuerbaren Energien gehen an den Mittelschichten vorbei. Wenn ein Haushalt etwa eine solarthermische Anlage installieren will, dann scheitert das Investitionsvorhaben meistens dann, wenn derselbe Haushalt feststellt, dass er noch tausende Euro an Eigenmittel aufbringen muss. Mögliche Gewinne in der Zukunft durch Energieersparnisse interessieren diese Haushalte wenig, da das Investitionsvolumen zu groß ist.

Öffentliche Hand hat kaum Vorbildfunktion. Die Bürger können Umweltpolitik nur dann ernst nehmen, wenn Staat und Gemeinden dies konsequent vorleben. Dem ist aber nicht so. Staat und Gemeinden sind kaum Vorbild. Besonders deutlich wurde dies im Bereich der Landesplanung: Bei Genehmigungsverfahren haben unterschiedliche Ministerien unterschiedliche Entscheidungen getroffen. Neue Siedlungsvorhaben wurden bisher kaum unter energiepolitischen Aspekten geplant oder genehmigt.

Umweltpolitik an der Wirtschaft und besonders am Mittelstand vorbei. Neben oftmals unklaren, zum Teil willkürlichen und nicht nachvollziehbaren Umweltnormen hat die Politik Umweltpolitik an den Unternehmen vorbei betrieben. Die Unternehmen und dabei besonders die mittelständischen Unternehmen, Architekten, Ingenieure usw. wurden nicht oder nur halbherzig als wahre Partner in eine aktive Umweltpolitik eingebunden. Die Chance, Luxemburg als umwelttechnischen Standort in Europa zu etablieren wurde bisher nicht genutzt.

Unser Konzept

Altbausanierungsprogramm von 2009 bis 2020. Die DP wird ein Gebäudesanierungsprogramm gemeinsam mit allen Beteiligten (Handwerk, OAI usw.) starten, das sich über mehrere Jahre erstreckt und bis zum Jahr 2020 zum Abschluss kommt. Das Problem bei der Gebäudesanierung besteht darin, dass die kurzfristig anfallenden Kosten hoch sind, während die Amortisierungsperioden eher lang sind. Allerdings sind die CO₂-Einspareffekte sehr hoch. Die DP möchte deshalb die investitionswilligen Bürger mit großzügigen und sozial selektiven Förderprogrammen unterstützen.

Keine Energiesteuer, stattdessen neue Finanzierungskonzepte für die Menschen. Die DP wird mittels „Energiespar-Contracting“ und einer Klimabank die Investitionen der Bürger in eine energiebewusste Altbausanierung oder die Nutzung von erneuerbaren Energien vorfinanzieren. Die Haushaltskasse der Bürger wird kaum bzw. überhaupt nicht zusätzlich belastet. Die

DP wird zum jetzigen Zeitpunkt keine Energiesteuer einführen. Sie würde die Haushalte belasten, ohne der Umwelt zu nutzen. Die DP wird den Bürgern die neuen Förderprogramme auf unkomplizierte Art und Weise zugänglich machen. Anträge werden innerhalb von drei Monaten bearbeitet.

Energiespar-Contracting: Das Konzept

Die Formel des Energiespar-Contracting ermöglicht es, dass die Bürger die zu tätige Investition im eigenen Haus zur Gewinnung von mehr Energieeffizienz nicht selbst (ganz oder teilweise) vorfinanzieren müssen, sondern dass die mit ihnen zusammenarbeitenden Unternehmen (beispielsweise Heizungsinstallateur) oder die Gemeinde dies tun. Die Bürger müssen beispielsweise dieselben monatlichen Heizkosten wie bisher zahlen. Die Kostendifferenz, die durch mehr Energieeffizienz also weniger Verbrauch entsteht, wird als monatliche Rate zwecks Kostentilgung an das Unternehmen oder die Gemeinde abgeführt, die das Projekt vorfinanzieren. Der Unternehmer kann die Vorfinanzierung des Projekts über die öffentliche Klimabank abwickeln.

Energiespar-Contracting: Ein Rechenbeispiel

Ihr Haushalt verbraucht im Schnitt 3.000 Liter Heizöl pro Jahr. Sie installieren eine solarthermische Anlage für Warmwasser und zum Heizen. Die Anlage kostet 10.000 EUR. Sie erlaubt es bis zu 1.500 Liter Heizöl pro Jahr zu sparen, was einem Gegenwert von rund 1.100 EUR entspricht (Die Berechnung fußt auf dem Durchschnittspreis des Heizöls im letzten Trimester 2008). Die 1.100 EUR, die der Haushalt spart, werden zur Zahlung der Solaranlage genutzt. Der Haushalt zahlt also keinen Cent mehr als heute. Nach etwas mehr als zehn Jahren macht der Haushalt demnach sogar Gewinn. Er ist der Ölpreisfalle entronnen.

Klimabank

Die Klimabank wird allen Bürgern und Unternehmen, die in die energetische Sanierung ihres Hauses investieren, einen günstigen Kredit zur Verfügung stellen. Die Klimabank funktioniert nach Muster der "Société Nationale de Crédit et d'Investissement" (SNCI) bzw. der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW Bankengruppe) in Deutschland. Der Staat vorfinanziert ohne eigenen Gewinn Investitionen seiner Bürger und Unternehmen in den Klimaschutz. Der Gewinn für den Staat besteht nicht in Zinseinnahmen, sondern in den eingesparten CO₂-Mengen. Würde Luxemburg seinen CO₂-Ausstoß nicht verringern, müsste es in der Tat hohe Strafzahlungen im Rahmen des Kiotoabkommens leisten.

Raus aus der Ölpreisfalle: Heizen soll billiger werden. Die DP wird in den kommenden fünf Jahren Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Weg aus der Ölpreisfalle mittels eines ambitionierten öffentlichen Investitionsprogramms ebnen. Sie werden in den kommenden Jahren im Schnitt jährlich bis zu 1.000 Euro an Heizkosten sparen. Die öffentliche Hand wird zusammen mit einer unabhängigen Energieberatungsstelle aktiv die Energieeinsparungspotenziale ermitteln und konkrete Sanierungsmaßnahmen (z.B. Dämmung, thermische Solaranlage,...) zusammen mit diesen Haushalten planen und finanzieren.

Neue Siedlungen mit neuem Energiekonzept. In Zukunft werden Energie- und diesbezügliche Finanzierungskonzepte bei der Erschließung oder beim Bau großer Siedlungsprojekte zwischen der Gemeinde, den Bauunternehmern und den Bauherren erstellt werden müssen.

Ab 2013 heizen ohne fossile Energieträger. Wohnungen und Häuser, die nach 2013 neu entstehen oder umgebaut werden, sollen im Prinzip nur noch Heizungs- und Warmwasseranlagen benutzen dürfen, die ohne fossile Energieträger funktionieren.

Vorfahrt für erneuerbare Energien. Die DP ist überzeugt davon, dass die Atomenergie aus luxemburgischer Sicht keine Alternative für die Zukunft darstellt. Die DP wird sich in der Europäischen Union dafür stark machen, dass vor allem Forschungs- und Entwicklungsgelder in die erneuerbaren Energien fließen. In Luxemburg selbst will die DP die bestehende Potenzialstudie zu den erneuerbaren Energien durch eine Wirtschaftlichkeits- und Nachhaltigkeitsanalyse ergänzen. Wir werden dann das sich hieraus ergebende Investitionsprogramm konsequent bis 2014 umsetzen.

Zentrale und unabhängige Energie- und Umweltberatungsstelle. Die DP wird eine zentrale und unabhängige Energie- und Umweltberatungsstelle schaffen, in der die öffentliche Hand genauso wie das Handwerk und andere betroffene Berufsgruppen (Architekten, Ingenieure,...) eingebunden sind. Diese Beratungsstelle wird einerseits als Anlaufstelle für alle Interessierten dienen. Sie wird aber andererseits auch und vor allem proaktiv bei Staat und Gemeinden, Unternehmen und Bürgern tätig werden können und somit eine Eigendynamik in den Bereichen Energie und Umweltschutz entwickeln.

Öffentliche Hand muss Vorbild sein. Wir werden zusammen mit den Gemeinden bzw. Gemeindesyndikaten ein Investitionsprogramm aushandeln. Dadurch werden Infrastrukturen der Gemeinden bis 2020 wo nötig und finanziell vertretbar energetisch saniert. Das bestehende Programm zur Sanierung von staatlichen Gebäuden werden wir konsequent weitertreiben. Staat und Gemeinden werden auf den so genannten grünen Strom umsteigen. Bei den öffentlichen Ausschreibungen bzw. Beschaffungen werden wir klare Leitlinien festlegen, die die Kriterien der Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, schonender Wasserverbrauch und Energieeffizienz berücksichtigen. Wir werden den Fuhrpark von Staat und Gemeinden nach Möglichkeit konsequent auf schadstoffarme Fahrzeuge umrüsten. Wir werden die Prozeduren im Umweltbereich kürzen, straffen und beschleunigen.

Bürger, Mittelstand und Allgemeinheit werden Gewinner sein. Die oben beschriebenen Investitionsvorhaben der DP sowie die daran gekoppelten Finanzierungskonzepte werden dazu führen, dass alle Beteiligten gewinnen können: Die Bürger werden den Weg aus der Ölpreisfalle finden, aktiven Klimaschutz betreiben und netto mehr Geld in der Tasche haben. Die mittelständischen Unternehmen werden die vielen Aufträge in den kommenden Jahren erfüllen, sichere Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten. Die Allgemeinheit wird ihren Klimaschutzzielen näher kommen, Strafzahlungen im Rahmen des Kiotoabkommens verhindern und Ökosteuern aus dem Weg gehen.

Öffentlichen Transport endlich konkret ausbauen. Die DP sieht die Diskussion über die Pläne zum Ausbau des öffentlichen

Transports als abgeschlossen an (mobilitéit.lu bzw. mobil 2020). Wir werden diesen langen Diskussionen nun Taten folgen lassen. Wir räumen dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) absolute Priorität ein. Im ländlichen Raum werden wir dort wo sinnvoll anstatt Linienbusse den Bürgern Rufbusse zur Verfügung stellen. Rufbusse können die Bürger bequem von der eigenen Haustür zu einem gewünschten Zielort und wieder zurück bringen. Wir werden besonders im städtischen Raum sichere Wege für Fahrradfahrer und Fußgänger ausbauen. Die DP wird Fußgänger- und Fahrradwege sowie den ÖPNV in Zukunft bei neuen, größeren Siedlungsvorhaben bereits bei der Planung berücksichtigen bzw. ihnen Vorrang gegenüber anderen Verkehrsträgern einräumen.

Wohnen

Unsere Politik wird Wohnen besser und billiger machen, und zwar für alle, die es wollen.

Das Problem

Haushalte müssen 40% ihres Einkommens für Wohnzwecke ausgeben. Wohnen ist zum Luxus geworden. Die Preise für Einfamilienhäuser und Wohnungen sind gerade für junge Familien zu hoch. Zwischen 2004 und 2008 sind die Preise stark gestiegen. Ein Haushalt gibt im Schnitt über 40% seines Einkommens für Wohnzwecke aus. Tendenz steigend. Daneben sind bereits rund 3000 Familien in den vergangenen Jahren aus Luxemburg ins nahe Grenzgebiet ausgewandert.

Wohnen wird durch lange Prozeduren zwischen vier Monaten und 40 Jahren verteuert. Die aktuellen Bauperimeter weisen rund 3000 ha verfügbares Bauland aus. Das Bauland ist nicht knapp, sondern wird durch langwierige Genehmigungsprozeduren seitens der öffentlichen Hand verknappt. Daran wird auch der "Wohnungsbaupakt" nichts ändern. Genehmigungsprozeduren im Rahmen von Baulanderschließungen dauern laut Aussagen des Ministeriums zwischen 4 Monaten und 40 Jahren.

Die Zinsen auf Immobilienkrediten sind zeitweilig um 60% Prozent gestiegen. Die Zinsen auf Immobilienkrediten sind seit 2004 bis zu 60% gestiegen und fallen erst seit einigen Monaten vor dem Hintergrund der Finanzkrise. Die Kreditdauer, die Kredithöhe und leider auch der Überschuldungsgrad haben zugenommen. Mittlerweile geben die Haushalte im Schnitt 40% ihres Einkommens für Wohnzwecke aus.

Die Heizkosten sind von August 2004 bis November 2008 um 80% gestiegen. Die Heizkosten (Gas) sind in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Der vom STATEC ermittelte Preisindex für Gas stieg zwischen August 2004 und November 2008 um rund 80%. Der Index für Heizöl (Mazout) stieg im selben Zeitraum um fast 55%.

Wohnungssubventionen wurden nicht angepasst. Die Wohnungssubventionen des Staats sind in den vergangenen Jahren nicht an die wirklichen Bedürfnisse der Haushalte angepasst worden. Verhältnismäßig kommen immer weniger Menschen in den Genuss von derartigen Subventionen.

Altbausanierung für viele Menschen zu teuer. Viele Bürger schrecken ob der hohen Kosten vor einer gründlichen Altbausanierung zurück. Bestehende Subventionen gehen an den Bedürfnissen der Menschen vorbei, da die Investitionskosten trotz Subventionen zu hoch bleiben.

Wohnungen für junge Familien fehlen. Besonders junge Familien haben große Schwierigkeiten geeigneten Wohnraum in ihrer Heimatgemeinde oder -region zu finden. Hohe Wohn- und Mietkosten bei hohen Kinderbetreuungskosten und in jungen Jahren niedrigeren Löhnen erschweren jungen Menschen erheblich den Weg zu angemessenem Wohnraum.

Lebensqualität zu oft durch Lärm und Umweltverschmutzung beeinträchtigt. Die Wohn- und Lebensqualität ist für viele Haushalte durch Lärm und Verschmutzung beeinträchtigt. 25% der Haushalte geben an, dass ihre Lebensqualität durch eine hohe Lärmbelästigung beeinträchtigt wird, während 20% angeben weniger Lebensqualität durch eine hohe Umweltverschmutzung zu haben.

Unser Konzept

Bauen und Wohnen wird für junge Familien erschwinglich. Die DP wird gemeinsam mit den Gemeinden mehr Bauland bzw. Wohnraum für junge Familien mobilisieren. Bauland, das sich in öffentlicher Hand befindet, wird den Haushalten per Erbpacht zur Verfügung gestellt. Bauland, das sich in privater Hand befindet, wird mittels interessanter Steuergutschriften mobilisiert. Die Genehmigungsprozeduren bei der Erschließung von Bauland werden auf maximal sechs Monate verkürzt. In urbanen Räumen werden wir die Gemeinden dazu ermutigen, vor allem die Umwandlung von Wohn- in Büroräume zu unterbinden bzw. bestehende Büroräume ihrem eigentlichen Zweck zurückzuführen.

Wohnungsbaupakt

Der Wohnungsbaupakt wird jungen Haushalten nicht weiterhelfen. Was hat die DP mit diesem Gesetz vor?

Der Wohnungsbaupakt wird jungen Haushalten nicht schneller und billiger zu einer Wohnung verhelfen. Darin sind sich alle Spezialisten einig. Sollte eine Gemeinde sogar selbst Wohnungen bauen wollen und zu erschwinglichen Preisen zugänglich machen, so wird der Bau dieser Wohnungen aufgrund der schwierigen und vielfältigen Prozeduren bis zu acht Jahren Zeit in Anspruch nehmen. Der Wohnungsbaupakt wird jungen Haushalten nicht helfen!

Was wird die DP tun? Wir werden den Wohnungsbaupakt in wesentlichen Punkten abändern. Wir werden die Strafsteuern, die die Bürger zahlen müssen, wenn sie ihr Bauland nicht veräußern oder selbst nutzen, durch steuerliche Anreize zugunsten der Mobilisierung von Bauland ersetzen. Wir werden außerdem, die nicht durch unsere Verfassung gedeckten Vorrechte bzw. die Besserbehandlung der öffentlichen Hand beim Grundstückkauf unterbinden. Die im Wohnungsbaupakt vorgesehene finanzielle Unterstützung der Gemeinden werden wir im Rahmen einer allgemeinen Gemeindefinanzreform neu regeln. Dies gilt auch für die Mobilisierung von Bauland durch die Gemeinden bzw. die Gegenfinanzierung der damit verknüpften notwendigen Investitionen in öffentliche Infrastrukturen.

Durch "Wohngeld" wird Wohnen für Familien mit Kindern finanzierbar. Aufbauend auf den bestehenden Wohnsubventionen führen wir für künftige Haushalte mit Kindern ein sozial selektiv gestaffeltes Wohngeld ein. Dies wird vor allem jungen in Luxemburg lebenden Haushalten einen zusätzlichen finanziellen Spielraum bieten.

Wohngeld: Wie funktioniert das konkret?

In Zukunft wird für jedes Kind gleiches Kindergeld gezahlt werden. Die bestehende Staffelung des Kindergeldes je nach Zahl der Kinder wird abgeschafft.

Die Kinderförderung wird erhöht für Familien mit niedrigerem oder mittlerem Einkommen. Dabei wird das Kindergeld abgesenkt und im selben Schritt wird der fehlende Teil durch ein sozial gestaffeltes Wohngeld ersetzt, das auf den bestehenden Fördermaßnahmen des „Ministère du Logement“ aufbaut: Wir werden die Kriterien dieser Fördermaßnahmen überarbeiten und den Empfängerkreis erheblich ausweiten.

Wohngeld: Ein Rechenbeispiel

Heute erhält eine Familie mit zwei Kindern unter 6 Jahren 440,72 EUR Kindergeld monatlich. Dazu erhält sie, falls sie einen Kredit für ein Eigenheim abbezahlt, eine Zinsbonifikation in Höhe von rund 210 EUR monatlich. Diese Familie erhält demnach eine staatliche Förderung (Kindergeld + Zinsbonifikation) in Höhe von 651 EUR monatlich.

Die DP will den Export von Kindergeld ins Ausland deutlich absenken. Nach europäischem Recht muss Kindergeld exportiert werden. Deshalb will die DP das Kindergeld absenken und die wohnungspolitische Förderung erhöhen.

Eine Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von beispielsweise 3.500 EUR pro Monat würde 2 x 100 EUR = 200 EUR Kindergeld erhalten + 2 x 350 EUR = 700 EUR Wohngeld. Diese Familie würde demnach eine Förderung von 900 EUR pro Monat erhalten, anstatt wie bisher nur 651 EUR. Gewinn: 249 EUR pro Monat.

Eine Familie mit zwei Kindern mit einem Einkommen von beispielsweise 10.000 EUR pro Monat würde allerdings nur 2 x 100 EUR = 200 EUR Kindergeld erhalten. Sie hätte ob ihres hohen Einkommens kein Anrecht auf Wohngeld. Allerdings würde sie auf der anderen Seite von gratis Betreuungsleistungen für ihre Kinder profitieren (siehe weiter unten).

Dieses neue Fördermodell wird gegenfinanziert durch die Verringerung des Exports von Geldern ins nahe Grenzgebiet.

Durch diesen Systemwechsel wird der Export von Familienzulagen ins Ausland gebremst (über 1 Milliarde EUR an Familienzulagen wurden allein in den vergangenen fünf Jahren ins nahe Ausland überwiesen. Tendenz steigend). Die DP ist der Meinung, dass Familienzulagen sich an den realen Lebenshaltungskosten orientieren sollen. Diese sind nachweislich in Luxemburg höher als im Ausland. Familien müssen in Luxemburg bei einem geschätzten Durchschnittspreis/m² von 3.700 EUR 55.500 EURO mehr finanzieren, wenn sie ein zusätzliches Zimmer von 15m² für ihr Kind brauchen. In Lothringen würde dasselbe Zimmer bei einem Durchschnittspreis/m² von 2.200 EUR lediglich 33.000 EURO kosten. Dies macht bei einem geschätzten Zinssatz von 5% und einer Kreditlaufzeit von 25 Jahren eine Mehrbelastung von 1.589 EURO im Jahr bzw. 132,5 EURO im Monat aus für eine Familie, die in Luxemburg lebt im Vergleich zu derselben Familie, die in Frankreich lebt.

Dadurch, dass der Export ins nahe Ausland abgebremst wird, bleibt mehr Geld für eine aktive Familienpolitik in Luxemburg übrig. Neben der Einführung des oben genannten Wohngelds für in Luxemburg lebende Familien mit Kindern wird die DP die Preise in öffentlichen Betreuungseinrichtungen bis 2014 auf null senken.

Junge Haushalte werden gezielt entlastet, indem sie dreimal mehr Kreditzinsen steuerlich geltend machen dürfen.

Gerade junge Haushalte benötigen in den ersten Jahren mehr finanziellen Spielraum, weil sie in der Regel weniger Einkommen zur Verfügung haben und mehr finanzielle Belastungen (Wohnung, Möbelkauf, Kinderbetreuung,...) zu schultern haben. Wir werden deshalb den Steuerkredit zur Abschreibung von Kreditzinsen in den ersten zehn Jahren der Kreditlaufzeit verdreifachen und anschließend degressiv staffeln. Zudem werden wir die Höhe des Steuerkredits auf Schuldzinsen regelmäßig an die Inflation anpassen.

Heizen soll billiger werden. Die DP wird in den kommenden fünf Jahren Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Weg aus der Ölpreisfalle mittels eines ambitionierten öffentlichen Investitionsprogramms ebnen. Sie werden in den kommenden Jahren im Schnitt bis zu 1.000 Euro an Heizkosten sparen. Die öffentliche Hand wird zusammen mit einer unabhängigen Energieberatungsstelle aktiv die Installation besonders von thermischen Solaranlagen aber auch von anderen alternativen Energiequellen zusammen mit diesen Haushalten planen und finanzieren. Daneben werden wir zusammen mit unseren europäischen Partnern ein antiinflationäres Programm ausarbeiten. Die Verringerung der Abhängigkeit von Erdölimporten wird Kern dieses Programms sein.

Neue Siedlungen mit neuem Energiekonzept. In Zukunft werden Energie- und diesbezügliche Finanzierungskonzepte bei der Erschließung oder beim Bau großer Siedlungsprojekte zwischen der Gemeinde, den Bauunternehmern und den Bauherren erstellt werden müssen.

Ab 2013 heizen ohne fossile Energieträger. Wohnungen und Häuser, die nach 2013 neu entstehen oder umgebaut werden, sollen im Prinzip nur noch Heizungs- und Warmwasseranlagen benutzen dürfen, die ohne fossile Energieträger funktionieren.

Ihre Altbausanierung wird öffentlich vorfinanziert. Die DP wird mittels "Energiespar-Contracting" und einer Klimabank die Investitionen von Privathaushalten in die Altbausanierung vorfinanzieren. Ihre Haushaltskasse wird kaum bzw. überhaupt nicht zusätzlich belastet. Der Vorteil im Vergleich zu der heutigen Subventionspolitik besteht darin, dass kaum bzw. keine Eigenmittel zur Finanzierung einer Altbausanierung notwendig sind.

Energiespar-Contracting: Das Konzept

Die Formel des Energiespar-Contracting ermöglicht es, dass die Bürger die zu tätige Investition im eigenen Haus zur Gewinnung von mehr Energieeffizienz nicht selbst (ganz oder teilweise) vorfinanzieren müssen, sondern dass die mit ihnen zusammenarbeitenden Unternehmen (beispielsweise Heizungsinstallateur) oder die Gemeinde dies tun. Die Bürger müssen beispielsweise dieselben monatlichen Heizkosten wie bisher zahlen. Die Kostendifferenz, die durch mehr Energieeffizienz also weniger Verbrauch entsteht, wird als monatliche Rate zwecks Kostentilgung an das Unternehmen oder die Gemeinde abgeführt, die das Projekt vorfinanzieren. Der Unternehmer kann die Vorfinanzierung des Projekts über die öffentliche Klimabank abwickeln.

Energiespar-Contracting: Ein Rechenbeispiel

Ihr Haushalt verbraucht im Schnitt 3.000 Liter Heizöl pro Jahr. Sie installieren eine solarthermische Anlage für Warmwasser und zum Heizen. Die Anlage kostet 10.000 EUR. Sie erlaubt es bis zu 1.500 Liter Heizöl pro Jahr zu sparen, was einem Gegenwert von rund 1.100 EUR entspricht (Die Berechnung fußt auf dem Durchschnittspreis des Heizöls im letzten Trimester 2008). Die 1.100 EUR, die der Haushalt spart, werden zur Zahlung der Solaranlage genutzt. Der Haushalt zahlt also keinen Cent mehr als heute. Nach etwas mehr als zehn Jahren macht der Haushalt demnach sogar Gewinn. Er ist der Ölpreisfalle entronnen.

Klimabank

Die Klimabank wird allen Bürgern und Unternehmen, die in die energetische Sanierung ihres Hauses investieren, einen günstigen Kredit zur Verfügung stellen. Die Klimabank funktioniert nach Muster der "Société Nationale de Crédit et d'Investissement" (SNCI) bzw. der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW Bankengruppe) in Deutschland. Der Staat vorfinanziert ohne eigenen Gewinn Investitionen seiner Bürger und Unternehmen in den Klimaschutz. Der Gewinn für den Staat besteht nicht in Zinseinnahmen, sondern in den eingesparten CO₂-Mengen. Würde Luxemburg seinen CO₂-Ausstoß nicht verringern, müsste es in der Tat hohe Strafzahlungen im Rahmen des Kiotoabkommens leisten.

Bezahlbarer Wohnraum für junge Haushalte der Mittelschicht. Wir werden gezielt Wohnungen und Häuser für junge Haushalte mit oder ohne Kinder bereitstellen, deren Preise etwa aufgrund von Erbpachtverträgen bedeutend niedriger sind. Wir werden die Gemeinden dazu ermutigen, sich im öffentlichen Besitz befindliches Bauland jungen Familien zugänglich zu machen. Wir werden in den kommenden Jahren zudem den sozialen Wohnungsbau weiter ankurbeln.

Lärm- und Umweltbelastigung verringern. Wir werden die vom Gesetzgeber vorgesehenen Aktionspläne schnell ausarbeiten und umsetzen. Die vor allem durch Auto-, Zug- und Flugverkehr bedingten Lärm- und Umweltbelastigungen werden dadurch verringert bzw. die Auswirkungen auf Mensch und Natur gemildert. Außerdem werden wir landesplanerische Instrumente nutzen: Neue Wohnsiedlungen werden so geplant, dass die Lärm- und Umweltbelastigungen von vornherein so gering wie möglich ausfallen. Bestehende Wohngebiete werden vor neuen Belastigungen geschützt. Der Bau von Umgehungsstraßen wird verschiedene bestehende Wohnsiedlungen entlasten.